

Herausgegeben im Auftrag der Sektion *Internationale Politik* der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) von: Reinhard Meyers, Harald Müller, Klaus Dieter Wolf und Michael Zürn (geschäftsführend)

Redaktion: Christoph Weller

Redaktionsanschrift: Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) der Universität Bremen, Postfach 33 04 40, 28334 Bremen, Telefon: 0421/218-7591, Telefax: 0421/218-7248, E-Mail: chweller@uni-bremen.de

ZIB-Homepage: <http://www.uni-bremen.de/~iniis/zib.htm>

Beirat der Zeitschrift für Internationale Beziehungen: Prof. Dr. Walter Carlsnaes, Uppsala; Prof. Dr. Hartmut Elsenhans, Leipzig; Prof. Dr. Helga Haftendorn, Berlin; Prof. Dr. Peter J. Katzenstein, Ithaca, N.Y.; Prof. Dr. Beate Kohler-Koch, Mannheim; Prof. Dr. Friedrich Kratochwil, München; Prof. Dr. Gert Krell, Frankfurt a.M.; Prof. Dr. Andrew Moravcsik, Cambridge, Mass.; Prof. Dr. Hanspeter Neuhold, Wien; Prof. Dr. Thomas Risse, Florenz; Prof. Dr. Dieter Ruloff, Zürich; Prof. Dr. Dieter Senghaas, Bremen.

Manuskripte sollten der Redaktion der *ZIB* in zweifacher Ausfertigung und auf Diskette sowie zusätzlich in einer anonymisierten Version übersandt werden. Redaktionsschluß für Aufsätze ist am 1.6. bzw. 1.12., für Forumsbeiträge am 1.8. bzw. 1.2. eines jeden Jahres. Bei der Redaktion können »Richtlinien für die Gestaltung von Manuskripten« angefordert werden. Über Veröffentlichung und Zeitpunkt der Veröffentlichung entscheidet die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare können Redaktion und Verlag keinerlei Haftung übernehmen. Sie können zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muß schriftlich erfolgen. Mit der Annahme erwirbt der Verlag vom Verfasser bzw. der Verfasserin alle Rechte, insbesondere auch das Recht der weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege des fotomechanischen oder eines anderen Verfahrens. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgebern oder Redaktion wieder. Verfasserinnen und Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Die Beiträge der *ZIB* werden erfaßt in: *International Political Science Abstracts*.

Bezugsbedingungen: Die *Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB)* erscheint zunächst halbjährlich, jeweils im Juni und im Dezember. Jahrgangs-Umfang ca. 400 S. Jahresabonnementspreis 98,- DM (für Mitglieder der DVPW 88,- DM, für Studierende 58,- DM), Einzelheft 54,- DM, jeweils zuzüglich Porto- und Versandkosten (zuzügl. 7% MwSt.). Abbestellungen müssen spätestens drei Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Die zur Abwicklung von Abonnements erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet. Bestellungen nehmen der Buchhandel und der Verlag entgegen.

Gedruckt mit der Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Verlag und Anzeigenannahme: Nomos Verlagsgesellschaft, Postfach 10 03 10, 76484 Baden-Baden, Telefon: 072 21/21 04 - 0; Telefax: 072 21/21 04 27

ISSN 0946-7165

Der aus meiner Sicht
beste Text unter
meinen ZS-Aufsätzen,
Klaus Schlichte

Klaus Schlichte

La Françafrique – Postkolonialer Habitus und Klientelismus in der französischen Afrikapolitik

Die französische Afrikapolitik ist spätestens seit den Zeiten der Dekolonisation von einem deutlichen Widerspruch zwischen ihren hohen politischen und ökonomischen Kosten und ihrem geringen Ertrag gekennzeichnet. Gängige Theorien der Internationalen Beziehungen können die Gestalt und Kontinuität dieser Politik nicht erklären, weil sie eine Rationalität staatlichen Handelns unterstellen, die im politischen Feld Françafrique empirisch nicht nachweisbar ist. Für eine Erklärung der französischen Afrikapolitik wird statt dessen Rückgriff auf Pierre Bourdieus Begriff des sozialen Habitus genommen, um die historisch bedingten Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster der politischen Klasse Frankreichs nachzuzeichnen, die es klientelistischen Netzwerken erlaubten, die französische Afrikapolitik weitestgehend ihren partikularen Interessen unterzuordnen. Der Beitrag führt umfangreiches Material zu den Kosten französischer Afrikapolitik an und diskutiert zugleich die theoretischen Implikationen seiner Begrifflichkeit.

1. Postkoloniale Kontinuitäten

Die Beziehungen zwischen Frankreich und den postkolonialen frankophonen Staaten Afrikas gelten weithin als Sonderfall zwischenstaatlicher Beziehungen, denn anders als die ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien, Belgien und Portugal hat sich Frankreich eine herausragende Stellung für die politische Entwicklung in den Nachfolgestaaten des Kolonialreiches bewahrt. Das Register dieser *relations privilégiées* reicht von den jährlich stattfindenden franko-afrikanischen Gipfeltreffen über eine intensive kulturelle Kooperation unter dem Siegel der Frankophonie bis zu militärischen Interventionen. Die frankophonen Staaten Afrikas erhalten durchweg die Hälfte der öffentlichen Entwicklungshilfe Frankreichs, ihre Währungen sind an den französischen Franc gekoppelt, sie sind durch Abkommen militärischer Zusammenarbeit oder Verteidigungsabkommen an die ehemalige Kolonialmacht gebunden und in einer Vielzahl von überstaatlichen Organisationen untereinander und mit Frankreich verflochten.

Zwei Merkmale prägen die französische Afrikapolitik besonders: ihre Kontinuität trotz der beträchtlichen politischen und ökonomischen Kosten und die Häufigkeit der Skandale, die in diesem außenpolitischen Feld aufgetreten sind. Daran hat sich

trotz zahlreicher Regierungswechsel unter allen Präsidenten der Fünften Republik wenig geändert. Die französische Afrikapolitik zwischen 1960 und 1995 mutet wie die Geschichte einer »klassischen Pathologie« an (Marchal 1995: 915). Wie im folgenden gezeigt werden soll, entzieht sich das politische Feld »Françafrique«¹ einer Beschreibung in den gängigen Begrifflichkeiten der Internationalen Beziehungen: Aus der Perspektive von Theorien, die Außenpolitik als strategisches, interessegeleitetes Handeln von Staaten begreifen, muß das außenpolitische Handeln Frankreichs gegenüber dem afrikanischen Kontinent tatsächlich »irrational« anmuten.

Dieser Beitrag versucht gleichwohl eine wissenschaftliche und damit rationale Erklärung zu entwickeln und greift dazu auf zwei soziologische Begriffe zurück: Dabei handelt es sich zum einen um das besonders von Pierre Bourdieu in die sozialtheoretische Debatte eingeführte Konzept des »sozialen Habitus«. Dieser Begriff bezeichnet sozial strukturierte Schemata, die Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster sozialer Akteure konstituieren. Ein zweiter soziologischer Begriff, der des Klientelismus, dient der Charakterisierung der in der postkolonialen Phase auffälligen Patrimonialisierung der französischen Afrikapolitik, die sich regelmäßig in Skandalen äußerte.

Eine Erklärung der »Irrationalitäten« der französischen Afrikapolitik ergibt sich demnach aus der übergreifenden Geltung eines »postkolonialen Habitus« der politischen Klasse Frankreichs und aus der Persistenz klientelistischer Strukturen zwischen Frankreich und den frankophonen Staaten Afrikas. Beides hat die Chaotisierung der mit der Afrikapolitik Frankreichs befaßten Institutionen begünstigt. Das Zusammenwirken aus »Selbstverständlichkeiten« des postkolonialen Habitus, den klientelistisch verfaßten Interessengruppen und der institutionellen Zersplitterung ist ursächlich für die Kontinuität einer kostenträchtigen und skandalreichen Politik.

Diese drei charakteristischen Merkmale des politischen Feldes stehen dabei in einem gegenseitigen Begründungszusammenhang: Ohne den postkolonialen Habitus und das Chaos der Institutionen der französischen Afrikapolitik wäre die Entstehung und Persistenz klientelistischer Praktiken nicht erklärbar, während andererseits die Interessen der klientelistischen Netzwerke die institutionelle Unordnung befördern, weil diese ihnen vermehrte Chancen der Pfründenappropriation bietet. Die durch die klientelistischen Netzwerke betriebene Patrimonialisierung des politischen Feldes Françafrique stabilisiert ihrerseits die Geltung der im postkolonialen Habitus sedimentierten Vorstellungen.

Die theoretischen Implikationen dieses Beitrags weisen damit über die reine Erklärung eines Feldes internationaler Beziehungen hinaus. Denn einerseits ist das Konzept des sozialen Habitus ein zumindest diskussionswürdiger Beitrag zur »Akteur-Struktur-Debatte« in den Internationalen Beziehungen (vgl. Dessler 1989; Wendt 1987). Zugleich stellt dieses Konzept einen Beitrag zur Diskussion um die

1 Dieser Begriff bezieht sich nicht ausschließlich auf den Interaktionsraum Frankreichs mit seinen ehemaligen Kolonien. Die ehemals belgischen Kolonien Zaire (Kongo), Ruanda und Burundi sowie Teile des lusophonen Afrika sind ebenso in die nachfolgend analysierten Zusammenhänge integriert worden.

Rolle von »Ideen« in der internationalen Politik und ihre theoretische Konzeptualisierung dar, und schließlich versteht sich dieser Beitrag als Anregung, bisher als Gegenstand der Internationalen Beziehungen wenig beachtete Phänomene wie transnationale klientelistische Netzwerke in den Blick zu rücken und ihren theoretischen Ort zu diskutieren.

Der Beitrag beginnt mit einer Darlegung, warum gängige theoretische Ansätze der Internationalen Beziehungen für die Erklärung der französischen Afrikapolitik ungeeignet sind. Dazu werden die politischen und ökonomischen Kosten der französischen Afrikapolitik ausführlich vorgestellt, um zu belegen, daß die Kategorie des Interesses nicht hinreicht, Umfang und Art des französischen Engagements in den frankophonen Staaten Afrikas zu erklären. Die dann in drei Schritten dargebotene Erklärungsalternative beinhaltet zunächst eine Erläuterung des Habituskonzepts (3.1) und daran anschließend eine kurze Diskussion der Stellung dieses Konzepts innerhalb der in jüngerer Zeit vermehrt diskutierten »reflexiven« oder »konstruktivistischen« Ansätze der Internationalen Beziehungen. Die Anwendung des Konzepts besteht dann in der Darstellung der Eckpunkte des »postkolonialen Habitus« der politischen Klasse Frankreichs, bezogen auf das politische Feld der französisch-afrikanischen Beziehungen (3.2). Eine exemplarische Skizze der institutionellen Vielfalt der mit den Beziehungen Frankreichs zu den postkolonialen frankophonen Staaten Afrikas befaßten Institutionen (4.1) leitet dann über zum Phänomen der Patrimonialisierung dieser Beziehungen durch klientelistische Netzwerke (4.2). Der Beitrag endet mit einer kurzen Einschätzung der Entwicklungsperspektiven dieses politischen Feldes und einer kritischen Bewertung der theoretischen Implikationen der dargebotenen Erklärung.²

2. *Frankreich und Afrika – eine Frage des Interesses?*

Das besondere Engagement Frankreichs in den frankophonen Staaten Afrikas wird in Darstellungen der französischen Außenpolitik gemeinhin mit den »ökonomischen Interessen der Metropolen« (Dankert 1989: 244), als Reservierung eines »postkolonialen Jagdgebiet[s]« (Woyke 1987: 158) aus »unterschiedlichen Interessen« (Grosser 1986: 11) erklärt, ohne diese Hinweise in explizite theoretische Entwürfe einzubinden. Doch auch gängige Theorien der Internationalen Beziehungen sind nicht

2 Die »empirische Basis« dieser Studie besteht neben wenigen Primärquellen nahezu ausschließlich aus Sekundärliteratur. Die Gewährung eines zweimonatigen Forschungsstipendiums durch das »Maison des Sciences de l'Homme« in Paris hat neben dem Studium der Literatur die Möglichkeit eröffnet, in Gesprächen mit anderen Wissenschaftlern, Journalisten und Amtsträgern Vorstellungen und Einschätzungen zum Thema einzuholen und zu diskutieren. Dank gebührt Michael Girard, Roland Marchal (Paris), Rolf Rauschenbach (St. Gallen), Thomas Lewis (Seattle) und Jens Siegelberg (Hamburg) für ihre kritischen Kommentare zu früheren Versionen. Ebenso haben drei anonyme Gutachter und die Herausgeber der ZIB mit ihren Kommentaren zur Verbesserung des Textes beigetragen.

geeignet, eine überzeugende Erklärung der Entwicklung und der Gestalt der französischen Afrikapolitik zu liefern. Diesen Ansätzen zufolge ist Außenpolitik zielgerichtetes, vor allem staatliches Handeln, das im wesentlichen mit der Kategorie des Interesses zu erklären sei. Jeweils konkreten Präferenzen folgend versuchen demnach politische Akteure, Nutzen zu optimieren, sie kalkulieren dabei entsprechendes Handeln anderer Akteure und setzen so die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel strategisch ein, um bestimmte Ziele zu erreichen. Solche Erklärungen rekurrieren auf den Begriff des »Interesses« als Kernkategorie für das Verständnis politischen Handelns. Demnach sind Interessen intentionale Bezugnahmen, die sich in zweckrationalen Handlungen jeder Art von Akteuren äußern. Politik läßt sich dann als Resultat zweckrationalen Handelns rekonstruieren. Wie im folgenden gezeigt werden soll, ist der Rekurs auf zweckrationale Interessenverfolgung jedoch nicht ausreichend, die offensichtliche »Irrationalität« französischer Afrikapolitik zu erklären, mit großem politischem und finanziellem Aufwand wirtschaftlich und politisch wenig ertragreiche Beziehungen zu frankophonen Staaten Afrikas zu privilegieren.

Das konstatierte Mißverhältnis ist in Frankreich seit dem Beginn der Dekolonisationsphase Gegenstand politischer Kontroversen: Bereits in den fünfziger Jahren formierte sich unter dem Begriff des »Cartierisme« eine radikale wirtschaftsliberale Kritik an den hohen Kosten des kolonialen Projekts und seiner geringen wirtschaftlichen Bedeutung (vgl. Grosser 1986: 161).³ Die Verteilungspolitik der öffentlichen Entwicklungshilfe hat ebenfalls seit langem Bemühungen hervorgerufen, die französische Entwicklungspolitik zu rationalisieren. Gerade im französischen Schatzamt werden die retardierenden Wirkungen der kolonialen Vergangenheit für die Implementierung einer effizienteren Politik seit Beginn der achtziger Jahre deutlich thematisiert und eine rationalere Ausrichtung eingefordert (Laïdi 1989: 315).⁴ Als ein erster Schritt in diese Richtung wurde allgemein die Abwertung des Franc-CFA im Jahr 1994 gewertet, der mit dem französischen Franc gekoppelt ist. Diese mögliche Trendwende läßt gleichwohl unerklärt, warum über einen Zeitraum von über dreißig Jahren eine kostenträchtige, politisch aber wenig ertragreiche Politik unter verschiedenen Regierungen und Präsidenten mit beachtlicher Kontinuität fortgeführt wurde.

Versucht man beispielsweise, die französische Afrikapolitik in den Begrifflichkeiten der Tradition des Realismus zu erklären, so stößt dies auf eine Reihe von

3 Unter nationalökonomischen Gesichtspunkten ist der französische Kolonialismus schon in den 30er Jahren dysfunktional geworden. Genau in dieser Phase bildete sich in Frankreich jedoch der »koloniale Konsens« heraus, der – abgesehen von der Kommunistischen Partei – alle politischen Gruppen der Vierten Republik umschloß. »Tatsächlich läßt sich hier eine Überlagerung historischer Zeiten beobachten« (Marseille 1984: 370). Gilbert Ziebura (1971: 127) zufolge beruhte bereits die gesamte französische koloniale Expansion auf »Mythen, erstaunlichen Irrationalitäten« und kostete die Nation von Anbeginn an mehr als sie einbrachte (Ziebura 1971: 118).

4 Zu solchen Empfehlungen sind auch jene Kommissionen gelangt, die im Regierungsauftrag eine kritische Evaluierung der Entwicklungspolitik vorgenommen haben.

Schwierigkeiten, die zusammengenommen die Inadäquanz eines solchen Erklärungsversuchs belegen. Außenpolitik folgt gemäß einer Variante neorealistischer Theorie dem »nationalen Interesse« am »Überleben« eines Staates (Waltz 1979: 91). Unter Berücksichtigung der Stellung im internationalen System lasse sich dann die politische Strategie eines Staates ableiten: »The appropriate state action is calculated according to the situation in which the state finds itself [...]. Each state chooses its own policies. To choose effectively requires considering the ends of the state in relation to the situation« (Waltz 1979: 134).

Außenpolitik ist damit wesentlich das Resultat zweckrationalen Handelns eines Staates als kollektiver Akteur. Von diesem grundlegenden Verständnis weicht auch die Münchner Schule des Neorealismus nicht ab,⁵ auch wenn hier der Einfluß nicht-staatlicher Akteure explizit Berücksichtigung erfährt. Unter den Interessen, die außenpolitisches Handeln bestimmen, gibt es nach dieser Schule gleichwohl »transepochal analog bleibende typische außenpolitische Grundinteressen der Staaten« (Kindermann 1986: 112), unter ihnen das »Selbsterhaltungsinteresse« an erster Stelle. Dazu treten weitere: »Staaten verfolgen gleichzeitig eine Fülle außenpolitischer Interessen von unterschiedlicher Rangordnung, die trotz gelegentlicher innerer Widersprüche zumeist einen rational strukturierten Zusammenhang von Zielvorstellungen ergeben« (Kindermann 1986: 113). Diese Ziele wirken dann für Staaten, unter Abschätzung »wahrgenommener Erfordernisse und Chancen«, handlungsleitend (Kindermann 1986: 109).

Wie im folgenden gezeigt werden soll, ist eine Interpretation der französischen Afrikapolitik in diesen Begrifflichkeiten aus mehreren Gründen nicht befriedigend. Es könnte zwar zunächst als schlüssige Strategie Frankreichs erscheinen, unter Ausnutzung der Abhängigkeiten der ehemaligen Kolonien den Status einer »mittleren Macht« auf internationaler Ebene zu bewahren und auszubauen, und die ökonomischen und politischen Vorteile zu maximieren, die sich aus dieser Zwischenstellung ergeben. Eine Kosten-Nutzen-Analyse der französischen Afrikapolitik kommt jedoch zu einem anderen Ergebnis: Die Politik, die die Regierungen der Fünften Republik auf dem afrikanischen Kontinent verfolgten, wirkt eher wie ein historisches Nachhinken, nicht wie eine rational gesteuerte Strategie zur Sicherung der eigenen Position im internationalen System und zur Mehrung politischer und ökonomischer Machtmittel.

Auch die bipolare Grundstruktur des internationalen Systems, gemäß etwa der neorealistischen Theorie die entscheidende Bedingung für die Ausrichtung der Außenpolitik nach 1945, spielte im Fall der französischen Afrikapolitik nur eine marginale Rolle. Frankreichs Politik war zwar insofern an der Grundstruktur des Ost-West-Konflikts orientiert, als die Bewahrung der Einflußsphäre sich sowohl gegen perzipierte sowjetische wie US-amerikanische Ansinnen richtete (vgl. Cummings 1995: 384). Deutlich ist das Bemühen erkennbar, dieses politische Feld zu

5 Zu Gemeinsamkeiten und Differenzen neorealistischer Ansätze vgl. Meier-Walser (1994) und Zürn (1994).

monopolisieren, eine Strategie, die von anderen westlichen Staaten toleriert und im Konfliktfall auch unterstützt wurde.

Der übergeordnete Sinn dieses Engagements ist jedoch nicht erkennbar, denn der tatsächliche politische Nutzen der Privilegierung dieser Beziehungen für Frankreich ist gering. Bereits das vielbemühte Argument des für Frankreich vorteilhaften Abstimmungsverhaltens der frankophonen Staaten Afrikas in internationalen Gremien hält einer Überprüfung nicht stand. Einmal abgesehen davon, daß die mehr als dreißig militärischen Interventionen Frankreichs im postkolonialen Afrika und das daraus resultierende Image des »Gendarm Afrikas« Frankreich im internationalen Umfeld mutmaßlich mehr Sympathien gekostet als eingebracht haben, beweist schon die oberflächliche Analyse der Abstimmungen in der UN-Vollversammlung, wie gering der Einfluß Frankreichs auf seine ehemaligen Kolonien in dieser Hinsicht gewesen ist. Selbst in Abstimmungsfragen, die unmittelbar das »Interesse Frankreichs« berührten,⁶ weichen die Voten der vermeintlich dependenten Staaten nahezu ausschließlich von den französischen »Vorgaben« ab (vgl. Brüne 1995: 83). Die These des »Erkaufens« dieser Stimmen durch die Privilegierung ihrer Regierungen steht in offenem Widerspruch zu den »harten Fakten«.

Auch die Analyse der wirtschaftlichen Beziehungen Frankreichs zu den frankophonen Staaten Afrikas widerspricht der Unterstellung, Frankreichs Afrikapolitik sei an einer rationalen Kosten-Nutzen-Abwägung orientiert gewesen. Zunächst einmal verweist eine Vielzahl von Autoren auf die hohen Opportunitätskosten der Außenwirtschaftspolitik Frankreichs gegenüber Afrika.⁷ Sie stimmen darin überein, daß eine andere Akzentuierung gerade der über das Entwicklungsministerium verteilten Gelder für die Exportinteressen Frankreichs deutlich günstiger gewesen wären. So ergibt sich auch aus den wirtschaftlichen Verbindungen Frankreichs zu den postkolonialen frankophonen Staaten Schwarzafrikas kein plausibles Argument für die Kontinuität der *relations privilégiées*, weil die addierten Kosten aus dem Erhalt des Währungsverbands, den Leistungen der Entwicklungshilfe und dem intensiven sicherheitspolitischen Engagement in keinem Verhältnis zu den gewonnenen wirtschaftlichen Vorteilen stehen. Allein die Summe der Leistungen der Entwicklungshilfe, nach gängiger Interpretation durchaus als Instrument der »Interessenwahrung« aufzufassen, überstieg in jedem Jahr der postkolonialen Geschichte den aus dem Außenhandel mit diesen Ländern erwirtschafteten Überschuß. Eine Umorientierung der Dritte-Welt-Politik wäre deshalb gemäß eines »rationalen« Politikverständnis in »wohlverstandenen« Interesse Frankreichs gewesen.

Eine Erklärung des Erhalts der *relations privilégiées* zwischen Frankreich und den frankophonen Staaten Afrikas aus dependenztheoretischer Perspektive ist deshalb ebenso wenig überzeugend. Diesem Ansatz zufolge beruht die politische Hal-

6 Dies gilt etwa für die Frage nach dem Status der überseeischen Territorien und Departments Frankreichs oder nach der Berechtigung französischer Atomtests im Pazifik (vgl. die Übersicht in Brüne 1995: 83).

7 So etwa Bayart (1984: 97) und Chafer (1992: 44f). Jacques Adda und Marie-Claude Smouts (1989: 61) übertiteln das entsprechende Kapitel ihrer Analyse der französischen Südpolitik »ein schlecht verstandenes Interesse«.

tung gegenüber abhängigen Staaten im wesentlichen auf dem Interesse am Erhalt der für die Metropolen ökonomisch vorteilhaften Beziehungen (vgl. dos Santos 1972). Eine entsprechende Einschätzung der französischen Afrikapolitik als »neokoloniale Strategie« (vgl. Martin 1985: 189) hält jedoch einer näheren Betrachtung der wirtschaftlichen Beziehungen nicht stand. Die »Franc Zone«, jene Gruppe afrikanischer Staaten, deren Währung direkt an den französischen Franc gekoppelt ist, erhält rund 60 Prozent der öffentlichen bilateralen Entwicklungshilfe Frankreichs. Der Handel mit dieser Ländergruppe erbringt aber nur rund 20 Prozent des Außenhandelsüberschusses Frankreichs mit Afrika, wie die durchaus repräsentativen Zahlen für 1995 zeigen. Eine Umlenkung der öffentlichen Mittelvergabe in andere Staaten oder Regionen verspräche eine weitaus höhere Profitabilität:

Tabelle 1: Außenhandelsüberschüsse Frankreichs aus dem Handel mit ausgewählten afrikanischen Ländern und an diese vergebene Entwicklungshilfe 1995⁸

	Handelsüberschuß 1995 (in Mrd. FF)	1995 erhaltene Entwicklungs- hilfe (in Mrd. FF)
Afrika gesamt	23,7	18
Maghreb	9,4	2,5
Ägypten	4,7	2,0
Südafrika	1,8	0,02
Franc-Zone	5,1	11,0

Allein der französische Außenhandel mit Ägypten ist demnach annähernd so lohnenswert wie die Handelsbeziehungen mit dem frankophonen Afrika. Nimmt man zu den Aufwendungen der Entwicklungshilfe die Kosten für den Erhalt der Währungsstabilität in der Franc-Zone und für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit hinzu, wird die Fixierung der öffentlichen Mittelzuwendung auf die frankophonen Staaten Afrikas erst recht unverständlich.

Die Stützung ökonomischer Interessen als verborgenes Motiv für den Erhalt privilegierter Beziehungen wird auch durch die Analyse der Bedeutung französischer Direktinvestitionen nicht bestätigt. Französische Unternehmen unterhalten ca. 300 Tochterfirmen und Beteiligungen innerhalb der Franc-Zone. Diese Investitionen konzentrieren sich zudem auf wenige Länder, nämlich Côte d'Ivoire, Gabun, Congo, Senegal und Kamerun. Zwar sind es auch diese Staaten, die den Löwenanteil der französischen Entwicklungshilfe absorbieren. Im Vergleich zu anderen Regionen stehen Höhe und Profitabilität der dortigen Investitionen jedoch in keinem Verhältnis zum entwicklungspolitisch betriebenen Aufwand:

8 Quelle: Rapport Prouteau (1996: 24-28); Gharbi (1996: 99).

Tabelle 2: Französische Direktinvestitionen (private Direktinvestitionen und Darlehen) in ausgewählten Ländern und Regionen 1987-1992 (in Mrd. FF)⁹

Jahr	1987	1988	1989	1990	1991	1992
Welt	276	311	436	564	672	774
OECD	237	276	----- keine Angaben (k.A.) -----			
Lateinamerika	14,4	12,7	15,5	14,9	19,6	23,8
Maghreb	1,5	1,4	1,5	2,4	1,6	3,1
Franc-Zone	6	6,6	6,6	8,4	10	7,6
Côte d'Ivoire	1,9	1,2	1,7	1,7	1,9	1,5
Gabun	1,2	1,1	1,1	3,8	4,4	2,8
Kamerun	1,3	2,6	0,8	1,5	1,3	1,2
Senegal	0,6	0,5	1,5	0,5	0,5	0,8
Südkorea	0,4	0,7	0,7	0,9	1	1,4
Indonesien	k.A.	k.A.	0,3	2,2	2,7	2,8
Mexico	0,4	0,7	0,9	1,1	1,3	1,3

Zwar fallen die Summen französischer Direktinvestitionen in den frankophonen Staaten Afrikas im Vergleich zu denen anderer westlicher Staaten hoch aus, im Vergleich zu den Direktinvestitionen Frankreichs in anderen Weltregionen sind sie aber keineswegs bedeutend. Ein ähnlicher Befund ergibt sich aus der Analyse der Gewinne aus diesen Direktinvestitionen (vgl. Tabelle 3). Direktinvestitionen in den frankophonen Staaten Afrikas sind deutlich unrentabler als andere. Die französische Entwicklungspolitik hat demnach allenfalls die Interessen einer kleinen Kapital-

Tabelle 3: Gewinne aus französischen Direktinvestitionen 1987-1991 nach Regionen (in Mrd. FF)¹⁰

Jahr	1987	1988	1989	1990	1991
OECD	9	18,3	19,8	18,3	17,1
Lateinamerika	0,9	1,6	1,4	0,6	1,3
Maghreb	0,13	0,1	0,2	0,3	0,2
Franc-Zone	0,2	-0,2	-0,2	-0,2	0,4

⁹ Quelle: Banque de France, zit. nach Krägenau (1996: 986-991).

¹⁰ Quelle: Banque de France, zit. nach Krägenau (1996: 986-991).

fraktion privilegiert,¹¹ die nun in Zeiten wachsenden internationalen Wettbewerbs die Folgen der Vernachlässigung dynamischerer Märkte zu spüren bekommt.

Eine am Konzept zweckrationaler Interessenverfolgung orientierte Erklärung der französischen Afrikapolitik müßte also deutlich machen können, wie es Partikularinteressen gelingt, staatliche Außenpolitik in ihrem Sinne entscheidend zu beeinflussen. Für die Dominanz partikularer Interessen in außenpolitischen Feldern bieten nun liberale Versionen einer rationalistischen Auffassung internationaler Politik Erklärungsansätze. In der verschiedene Traditionen zusammenführenden Fassung einer liberalen Theorie internationaler Politik von Andrew Moravcsik (1992: 10) etwa wird staatliches Handeln auf die »Natur und Konfiguration« von Präferenzen von Regierungen zurückgeführt, die wiederum wesentliche Segmente ihrer Gesellschaften repräsentieren. Zentrale Akteure sind hier Regierungen, »die eigene Interessen formulieren und selbständig Handlungsweisen auswählen können, gleichwohl bei der Realisierung der eigenen Interessen sowohl die Interessen anderer Regierungen als auch die Interessen gesellschaftlicher Gruppen berücksichtigen müssen« (Zangl 1994: 281).

Zwar wird in dieser Konzeption eingeräumt, daß eine unvollständige Repräsentation der Interessen sozialer Gruppen in der Politik eines Staates eine Verformung dieser Politik in Richtung des Interesses einzelner Gruppen ermögliche. Diese Einlassung dient in erster Linie zur Erklärung des Zustandekommens imperialistischer Politik, wie sie etwa Jack Snyder (1991) in »Myths of Empire« vorgelegt hat. Der Erfolg des Mythos von der Notwendigkeit imperialer Expansion basiert dieser Erklärung zufolge auf dem erfolgreichen »logrolling« partikularer Interessen in politischen Koalitionen. Am wahrscheinlichsten sei die Entwicklung imperialistischer Politik in politischen Systemen, in denen Ressourcen in den Händen weniger Gruppen konzentriert seien. In demokratischen Systemen stünden einem solchen »logrolling« jedoch die stärkere Diffusion politischer Macht und das größere Maß der Repräsentation verschiedener Interessen entgegen (Snyder 1991: 31). In modernen demokratischen Verfassungsstaaten lösen einer liberalen Konzeption zufolge Demokratisierungsprozesse und soziale Angleichung die ideologischen Fundamente solcher »aggressiven« Politiken des 19. Jahrhunderts auf (Moravcsik 1992: 25).

So überzeugend dieser Erklärungsansatz für die Entstehung imperialistischer Expansion und das Arretieren von Interessenkoalitionen ist, so wenig vermag er zu erhellen, wieso kostenträchtige, imperial anmutende Praktiken trotz heftiger Kritik und expliziter Reformversuche¹² in einem demokratischen System Jahrzehnte über-

¹¹ Dies betrifft neben dem bis 1994 staatseigenen Ölkonzern Elf-Aquitaine und französischen Beteiligungen in Bergbaukonsortien vor allem Unternehmen der Dienstleistungsbranche. Hauptunternehmen sind Bouygues (Bauten), Bolloré international (Zigaretten, Transport), Shaeffer (Textil), Saga (Transport), Rougier (Holz) und Unternehmen der Tourismusbranche wie Nouvelles frontières, Club méditerranée (Club-Tourismus) und Accor (Hotel) (vgl. Suret-Canale 1987).

¹² Vergeblich versuchte zum Beispiel der neue sozialistische Entwicklungshilfeminister Jean-Pierre Cot nach dem Machtwechsel 1981 eine Änderung der postkolonialen Praktiken zu erreichen (vgl. Wauthier 1995: 452-454).

dauert haben. Zwar wird in einer liberalen Theorie internationaler Beziehungen grundsätzlich die Möglichkeit der Dominanz partikularer Interessen auch für demokratische Systeme eingeräumt. Voraussetzung hierfür sei aber innergesellschaftlich die ungleiche Verteilung von Ressourcen (Moravcsik 1992: 18). Einmal abgesehen davon, daß sich diese Möglichkeit sicher nicht aus jeder Ungleichverteilung ergibt, erscheint eine solche Erklärung für den vorliegenden Fall angesichts der geringen relativen Bedeutung der betroffenen Kapitalfraktion unplausibel.¹³

Eine Erklärung der französischen Afrikapolitik in den Begrifflichkeiten des ökonomischen oder politischen »Interesses« scheidet an Befunden über zentrale Merkmale dieses politischen Feldes. Erklärungen der französischen Afrikapolitik, die sich auf dieses dominante Verständnis außenpolitischen Verhaltens stützen, behaupten eine Rationalität, die der Sache nicht eigen ist. Sie vermögen den Widerspruch zwischen der Höhe der politischen und ökonomischen Kosten der *relations privilégiées* und ihrem zweifelhaften Nutzen nicht aufzulösen. So muß unerklärt bleiben, wie es einer vergleichsweise unbedeutenden Gruppe ökonomisch Interessierter gelingen konnte, Mittelflüsse und politische Schwerpunktsetzungen durchzusetzen, obwohl diese Politik nicht nur innen- und außenpolitisch heftige Kritik provozierte und zugleich wiederholt in delegitimierende Skandale mündete, sondern auch zur Vernachlässigung weitaus lohnenderer Alternativen führte.

Eine aus gängigen Theoremen der Internationalen Beziehungen konstruierte Erklärung der französischen Afrikapolitik widerspricht der von diesen Theorierichtungen gemeinhin als »Fakten« anerkannten Gegebenheiten. Gleichwohl ist die französische Afrikapolitik nicht »pathologisch«. Eine zusammenhängende, wissenschaftliche Erklärung der Hauptmerkmale dieses politischen Feldes ist möglich. Eine solche Erklärung muß auf mehr als auf die Kategorie des am Interesse orientierten zweckrationalen Handelns zurückgreifen.¹⁴ Die im folgenden präsentierte Skizze stellt zur Erklärung dieser »Irrationalität« vor allem auf den Begriff des »postkolonialen Habitus« ab. Diese Kategorie stellt die rationalistische Auffassung internationaler Politik nicht grundsätzlich in Frage, sondern soll zur Erklärung solcher Lücken beitragen, die durch die vorliegenden Entwürfe und ihre Rationalitätsauffassungen nicht abgedeckt werden können. Denn der Begriff des postkolonialen Habitus rationalisiert ebenfalls, er überwindet aber Probleme, die mit den in Theorien der internationalen Beziehungen gängigen Verständnissen von Rationalität verbun-

den sind. Mit der Kategorie des Habitus ist einerseits ein Vorschlag verbunden, wie der Entstehungszusammenhang der Rationalität von Akteuren bestimmt werden kann, und unter welchen Bedingungen die Anteile nicht-zweckrationalen Verhaltens staatlicher Akteure nicht von zweckrationalen Handlungsmustern aufgelöst werden. Der Habitusbegriff soll also als Beitrag verstanden werden, Antworten auf Fragen zu geben, die sich auf die Grenzlinie zwischen rational und irrational anmutendem Verhalten staatlicher Akteure beziehen (vgl. Zürn 1992: 129-130) und zugleich eine Antwortrichtung für die »sozialwissenschaftlich so wichtige[n] Frage [...], wie und weshalb soziale Akteure bestimmte Interessen entwickeln« (Zürn 1994: 321) andeuten.

3. *Der postkoloniale Habitus*

Offenbar kommt eine bündige Erklärung der Politik Frankreichs zu den frankophonen Staaten Afrikas nicht ohne Hinweis auf die Geschichte, auf die Historizität dieser Beziehungen aus. Zahllos sind deshalb die Verweise, in denen die Besonderheiten dieser Beziehungen mit »historical constraints« (Cummings 1995: 389), mit »historical elements« (Martin 1985: 207) erklärt werden sollen. Doch damit sind die theoretischen Fragen nicht gelöst. Wie setzt sich »das historische Erbe« in politische Entscheidungen, in Handeln der Akteure um, obwohl die Imperative dieser »Geschichte« einer rational kalkulierten politischen Strategie widersprechen?

Die Erklärung eines solchen Widerspruchs sollte weniger Probleme bereiten, wenn politische Akteure explizite Strategien entwickeln, in denen die eigene Interpretation ihrer Geschichte umgesetzt wird. Dies ist aber im Falle der Afrikapolitik Frankreichs ganz offenbar nicht der Fall. Weder habe Charles de Gaulle eine »veritable doctrine africaine« besessen (Mabileau/Quantin 1980: 54), noch weise die Politik einer seiner Nachfolger eine zielgerichtete Geordnetheit auf. Die Afrikapolitik François Mitterrands habe sich vielmehr »au jour le jour« entwickelt, »enracinée dans l'habitude« (Médard 1994: 13f).¹⁵ Wenn aber eine solche explizite und bewußte Strategie nicht verfolgt wird, wie verlängern sich dann »historische Strukturen« ins Handeln der Akteure?

Diese Fragen berühren das in den Sozialwissenschaften zentrale Problem des Verhältnisses von Struktur und Akteur, nach Individuum und Gesellschaft (vgl. Elias 1988).¹⁶ Wird Gesellschaft – und damit auch Politik – eher als von überindividuellen Regeln geprägte Kontinuität gedacht, wie dies in »strukturalistischen« Ansätzen geschieht, dann stellt sich neben der Frage nach der Möglichkeit des Wandels auch die danach, wie diese Strukturen ihren Weg in das konkrete Verhalten reflexiver Akteure findet. Stellt man sich hingegen auf den theoretischen Stand-

13 In der Terminologie der von Bernhard Zangl (1994: 297) vorgeschlagenen Konzeptualisierung formuliert müßte demnach nachgewiesen werden, worauf die Durchsetzungschance einer »Veto-Position« sozietales Interessen beruht.

14 Auch das von Michael Zürn (1992: 125) in die Debatte eingeführte Konzept »subjektiver Rationalität« bietet hier keinen hinreichenden Ausweg. Nach diesem Konzept müssen Akteure in der internationalen Politik weder vollständig egoistisch noch vollständig rational sein. »Irrationalitäten«, die nicht dem allgemeinen Erklärungsmodell zweckrationalen Handelns zuzuordnen sind, sind diesem Ansatz zufolge zwar in Krisensituationen möglich. In sich wiederholenden Situationen – und dies wäre für den langen Zeitraum französischer Afrikapolitik zu behaupten – bildeten sich jedoch rationale Verhaltensmuster heraus (Zürn 1992: 234).

15 Identische Bewertungen finden sich bei Bayart (1984: 103), Hibou (1995: 25) und Marchal (1995: 903).

16 Vgl. die Hinweise in Dessler (1989) und Wendt (1987) sowie zu weiteren wissenschaftstheoretischen Dimensionen auch Hollis (1995) und Reckwitz (1997).

punkt des methodologischen Individualismus, so wird die Gleichförmigkeit von Verhalten und die Persistenz sozialer Tatsachen erklärungsbedürftig.

Als Ausweg aus den ausufernden Debatten um diese Fragen bietet sich das Konzept des »sozialen Habitus« des französischen Soziologen Pierre Bourdieu an.¹⁷ Diese Kategorie soll der Vermitteltheit sozialer Beziehungen Rechnung tragen (Bourdieu 1976: 186) und die Vereinseitigungen des methodologischen Individualismus wie des deterministischen Strukturalismus aufbrechen. Ein sozialer Habitus läßt sich realtypisch formulieren, wie dies im folgenden, nach einigen theoretischen Bemerkungen über die Kategorie des sozialen Habitus und seiner Stellung zur Diskussion des Verhältnisses von »Ideen« und Interessen, geschehen soll. Der postkoloniale Habitus bildet den Schlüssel für eine rationale Erklärung einer irrational anmutenden Politik. Seine kausal übergeordnete Bedeutung ermöglichte die Chaotisierung der mit der französischen Afrikapolitik befaßten Institutionen und die Persistenz klientelistischer Strukturen, die sich in der kolonialen Spätphase herausbildeten und ihre fortdauernde Wirksamkeit bis in die Gegenwart behalten haben, wenn sie auch unter veränderten äußeren Bedingungen Modifikationen erfuhren.¹⁸

3.1. Pierre Bourdieus Konzept des sozialen Habitus¹⁹

Mit dem intermediären Begriff des sozialen Habitus will Bourdieu einerseits die einseitig strukturalistische Auffassung auflösen, derzufolge die Analyse einer Gesellschaft sich im Aufspüren eines gegebenen Sets von Regeln erschöpfe (Bourdieu 1986: 40). Andererseits sollen mit diesem Begriff die Vereinseitigungen eines methodologischen Individualismus vermieden werden, die ein von sozialen Bedingungen abstrahierendes Verständnis eines rein am rationalen Kalkül orientierten Akteurs supponieren müssen.

Der soziale Habitus ist der Bourdieuschen Konzeption zufolge das System von Dispositionen eines Akteurs, der zugleich durch die Verteilungen sozialen, kulturellen und ökonomischen Kapitals, von vorgängigen Erfahrungen und die Umwelt des Subjekts geprägt ist. Er bestimmt aber auch, und damit bricht er die Unterscheidung von Struktur und Akteur auf, die Praktiken eines Akteurs. Die Entstehung eines Ha-

bitus verdankt sich Strukturen, er ist »zur Natur gewordene Geschichte« (Bourdieu 1976: 171). Damit erklärt sich die Gleichförmigkeit des Verhaltens der Mitglieder einer aus gleichen Umständen erwachsenen Gruppe, deren Wahrnehmungs- und Denkweisen eben in einem identischen Habitus verankert sind. Die Übereinstimmung der Habitusformen einer Gruppe gewährleistet, daß trotz des Fehlens jedes unmittelbaren Wechselspiels und expliziter Abstimmung des Verhaltens ihre Praxisformen objektiv in Einklang stehen (Bourdieu 1976: 177).

Der »Habitus« ist deshalb nicht ein weiterer, bloß zu »Akteur« und »Struktur« hinzuaddierender Begriff. Vielmehr handelt es sich um eine logisch intermediäre Kategorie, die – wie Webers Begriff des »Ethos« – die Vermittlung zwischen Struktur und Akteur, zwischen Subjektivem und Objektivem leisten soll: Der Habitus ist das sozial strukturierte Schema der Wahrnehmung, und weil er in bewußte und unbewußte Motive hineinwirkt, ist er auch strukturbildend. Er ist *structure structurée* und *structure structurante*.²⁰

Ein sozialer Habitus besteht aus einem Set internalisierter Normen, aus der impliziten Übernahme der sie verbindenden Regeln ebenso wie aus zeitlichen und räumlichen Auffassungen. Er enthält Muster der Wahrnehmung, die Wahrnehmungen als Vorstellungen erst konstituieren, er bildet die Matrix der Interpretation, die bestimmte Bewertungen ausschließt und gewohnten den Vorzug gibt. Der Habitus macht deshalb strategisches Handeln nicht unmöglich, sondern schließt wie ein Filter bestimmte Orientierungen aus und gibt anderen den Vorzug. Er wird zur zweiten Natur und entwickelt sich infolge wiederholter Erfahrungen und drängt das Handeln eines Akteurs in eine bestimmte Richtung. Er gewährleistet also die Reproduktion der Strukturen, die ihn hervorgebracht haben. Er ermöglicht damit gewohnheitsmäßiges und ebenso spontanes Handeln (vgl. Rist 1984). Gleichzeitig schildert Bourdieu den Habitus als »Erzeugungsprinzip von Strategien«, die es ermöglichen, mit unvorhergesehenen Situationen umzugehen (Bourdieu 1976: 165). Die in dieser »kontrollierten Freiheit« hervorgebrachten Strategien des Habitus liegen aber stets in den historischen und sozialen Grenzen seiner eigenen Erzeugung (Bourdieu 1987: 103f), denn der Habitus sucht Verhaltensweisen zu vermeiden, die Sanktionen hervorrufen. Die neuen Strategien sind also neue, »unvorhergesehene« Praktiken von begrenzter Verschiedenheit.

Ein sozialer Habitus läßt sich als Realtyp formulieren,²¹ wie dies etwa Norbert Elias (1990) für den deutschen bürgerlichen Habitus entwickelt hat. Die Konstruktion eines solchen Realtyps muß methodisch die Analyse beobachtbarer Praktiken mit hermeneutischen Mitteln verbinden, um die Sinnbezüge der Akteure offenzulegen.

17 Offenbar taucht der Begriff in Bourdieus Werk erstmals in einer Studie über das Heiratsverhalten der Bauern seiner Heimatregion auf (Bourdieu 1962).

18 Die Bedeutung klientelistischer Beziehungen beschränkt sich keineswegs auf das Feld der französischen Afrikapolitik: »In Frankreich kann die Existenz dieser Bürokratien nicht über die Dauerhaftigkeit persönlicher Bindungen wie Freundschaft, Loyalität, Erkenntlichkeit oder Verwandtschaft hinwegtäuschen, die älter als der moderne Staat sind und die die Klientelwirtschaft – im weitesten Sinne – zu einem Transmissionsriemen der Macht gemacht haben« (Vincent 1993: 163).

19 Die folgenden Ausführungen können einen theoretisch anspruchsvollen Begriff nur skizzieren, nicht wirklich darlegen. Vgl. neben den angegebenen Schriften von Bourdieu auch Bohn (1991) und Janning (1991).

20 In diesem Sinne ist der Begriff auch keine »Erfindung« Bourdieus, sondern eher eine Soziologisierung alter philosophischer Figuren, etwa Kants Schematismus-Begriff (vgl. Kant 1956: B 181f). Zu den philosophischen Fundamenten dieser Figur und den sie begleitenden, auch für den Habitus noch relevanten Problemen vgl. Heran (1987). Vgl. auch Anthony Giddens' (1984: 25-28) Term der »duality of structure«, demzufolge Strukturen sowohl als Medium wie Ergebnis sozialen Handelns aufzufassen sind. Zur Diskussion allgemein siehe auch die Darstellung von Andreas Reckwitz (1997).

21 Zur heuristischen Funktion von Real- und Idealtypen vgl. Weber (1988a: 190f).

Solche »Hypothesen der Zurechnung« von Sinnbezügen (Weber 1988b: 437) werden dann mit Hypothesen über kausale Adäquanzen bündig gekoppelt.²² Eine solche Konstruktion muß dann die Entstehungsbedingungen eines Habitus plausibel mit den aus ihm resultierenden Praktiken ins Verhältnis setzen können (vgl. Bourdieu 1987: 104f),²³ wie dies im folgenden in bezug auf den postkolonialen Habitus der politischen Klasse Frankreichs geschehen soll.

3.2. Die vier Eckpunkte des postkolonialen Habitus²⁴

Die Eckpunkte des postkolonialen Habitus der politischen Klasse Frankreichs ergeben sich aus der Analyse der Äußerungen von Akteuren und den Regelmäßigkeiten ihrer tatsächlichen politischen Praxis. Schon die in mehr als einem Dutzend Büchern und in unzähligen politischen Äußerungen François Mitterrands wieder auftauchenden Motive lassen sich realtypisch verdichten (vgl. Marchesin 1995; Brot 1995). Sie zeigen eine überraschend deutliche Kongruenz zu den Vorstellungswelten Charles de Gaulles (vgl. Mabilaeu/Quantin 1980).

Der postkoloniale Habitus erklärt die »wahre Kontinuität« der französischen Afrikapolitik (Bayart 1984: 52), die von der Amtszeit des Überseeministers François Mitterrand in der Vierten Republik über dessen Präsidentschaft hinaus reicht. Doch der postkoloniale Habitus beruht nicht allein auf personellen Kontinuitäten. Die politische Klasse Frankreichs ist insgesamt durch eine besondere Homogenität gekennzeichnet. Die »noblesse d'Etat« (Bourdieu 1989) ist trotz aller inneren Differenzen und Konkurrenzen durch einen stark ausgebildeten Korpsgeist geprägt, der umfangreiche Tauschpraktiken des individuellen sozialen und ökonomischen Kapitals ermöglicht (Bourdieu 1989: 239).²⁵ Die Gemeinsamkeit des Habitus verdankt sich jedoch nicht allein dem beruflichen Alltag. Ihr entspricht eine übergreifende lebensweltliche Kongruenz, die die soziale Herkunft, die besuchten Schulen und Universitäten genauso wie die Wohnviertel und Freizeitaktivitäten

22 Zu den Begriffen Sinn- und Kausaladäquanz vgl. Max Webers (1988b) Aufsatz »Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie«.

23 Die Relevanz eines »sozialen Habitus« im Sinne Elias' und Bourdieus ist natürlich nicht auf das politische Feld beschränkt, sondern erstreckt sich auf die Gesamtheit der sozialen Beziehungen seines Trägers. Die folgende Skizze ist in dieser Hinsicht weniger anspruchsvoll. Sie beschränkt sich gleichsam auf einen Ausschnitt, nämlich auf jene Aspekte, die für das politische Feld der Beziehungen Frankreichs zu Afrika relevant sind. Inhaltliche Berührungspunkte hat die folgende Skizze mit David Chuters (1996: 1-9) Konzept einer »Meta-Strategie« Frankreichs, die den interessenkonstituierenden Hintergrund der französischen Sicherheitspolitik bilde.

24 Die Bezeichnung »postkolonial« dient hier lediglich zur Abgrenzung einer Epoche. Sicher würden sich zahlreiche Überschneidungen zu einem noch zu konstruierenden »kolonialen« Habitus ergeben, in dem aber die Reichsidee eine ungleich größere Rolle spielen würde.

25 Für einen Vergleich mit der politischen Klasse in Westdeutschland vgl. Beyme (1993: 105-120).

umfaßt. Gleichwohl ist auch dieser Habitus einem Wandel unterworfen, der allerdings im Verhältnis zu den beobachtbaren Kontinuitäten während der Fünften Republik bescheiden ausfällt.

Eckpunkte des postkolonialen Habitus bilden, neben der Politisierung des Raumes, die Interpretation der französisch-afrikanischen Beziehungen in Begriffen der Freundschaft, die eine Schutzverpflichtung impliziert, die Kulturalisierung des Politischen und der Etatismus. Diese Eckpunkte des postkolonialen Habitus bilden jedoch keine hierarchisch geordnete Präferenzliste. Sie stellen vielmehr einen impliziten Begründungs- und Bewertungszusammenhang dar, einen »Himmel« der Wahrnehmung und Bewertung. Sie sind aufeinander verwiesen, verstärken sich zuweilen gegenseitig, überlagern oder widersprechen sich gelegentlich in ihrer Geltung und prägen sich in politischen Handlungen aus.

3.2.1. Die Politisierung des Raumes

Im postkolonialen Habitus wird politische Macht in Begrifflichkeiten der Raumkontrolle definiert. Dabei vermischen sich zwei Formen der Politisierung des Raumes: die moderne Idee der »Territorialität« (vgl. Ruggie 1993) und die koloniale »Reichsidee« (Badie 1995: 20f), der die starren Grenzen der Territorialität noch fremd sind. Diese Reste der Reichsidee sind unmittelbares Erbe der kolonialen Vergangenheit. In das »historische Gedächtnis der Kolonialmächte [...] sind immer noch die alten kolonialen Karten eingeschrieben« (Siegelberg 1994: 130). Eingelagert in diese Vorstellung ist jedoch auch die Erfahrung der europäischen Kriege und die Bedeutung, die die französischen Kolonien als Rückzugsraum und Reservoir von Soldaten und Rohstoffen darin hatten.

Das mit der Dekolonisation aufkommende Dogma der Intangibilität der postkolonialen Grenzen, der territorialen Logik entsprechend, hat die politische Vorstellung des Raumes zu einer Frage von Flächenabgrenzungen werden lassen. Das koloniale Imperium wurde territorialisiert. Formell zerfiel es in »moderne« Staaten. Wegen der fortdauernden Wirkkraft der Reichsidee blieb dieses territoriale Staatsverständnis jedoch gebrochen – die Grenzen teilen nicht wirklich politische Räume, sondern sind Teile eines in kulturellen Begrifflichkeiten als Einheit aufgefaßten Ganzen, wie dies in zahlreichen sprachlichen Wendungen zum Ausdruck kommt. Diese in französischsprachigen Darstellungen häufig als »geopolitische Dimension« chiffrierte Politisierung des Raumes spielte im Denken aller Präsidenten der Fünften Republik eine erhebliche Rolle. Demnach ist die Vorstellung des Verlustes französischen Einflusses im frankophonen Afrika notwendig mit einem Verlust der internationalen Machtposition verbunden (vgl. Marchesin 1995: 7f).

Die insbesondere in Militärkreisen ausgebildete Interpretation der politischen Entwicklung in Afrika als Machtkampf zwischen »den Anglophonen« und Frankreich verweist auf die Verflechtung dieser Vorstellung mit der kulturalistischen Interpretation des Politischen (vgl. Bayart 1996: 35). Jede außenpolitische Aktivität eines anglophonen afrikanischen Staates muß deshalb von den Trägern des postko-

lonialen Habitus als potentiell bedrohlich empfunden werden.²⁶ Nach den Auffassungen vieler Beobachter war dieses Wahrnehmungsmuster ebenso entscheidend für das Engagements Charles de Gaulles für das Sezessionsstreben Biafras (1966-1969) wie für die umfangreichen Unterstützungsleistungen Frankreichs für das Habyarimana-Regime während des Bürgerkriegs in Ruanda (1990-1994). Galt es im ersten Fall, das anglophone Nigeria als bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich stärksten Konkurrenten Frankreichs in der Subregion Westafrika zu schwächen, so wurden im zweiten Fall die aus Uganda vordringende Rebellion als »anglophoner« Anschlag auf einen frankophonen Staat wahrgenommen, der noch dazu von einer mit Präsident Mitterrand befreundeten Familie regiert wurde (Agir ici – Survie 1996: 230). Die gleiche Wahrnehmung prägte auch das Verhalten Frankreichs während des Krieges in Zaire 1996/97.

3.2.2. Freundschaft und Verwandtschaft

Nicht allein aus den vielfältigen persönlichen – aber nicht durchgängig klientelistisch strukturierten – Beziehungen, sondern ebenfalls aus konkreten Erfahrungen speist sich die im postkolonialen Habitus prominent zu setzende Wahrnehmung der franko-afrikanischen Beziehungen als durch »Freundschaft« und »Verwandtschaft« bestimmt.²⁷ Die insgesamt hohe Bedeutung sozialen Kapitals unter den Eliten der politischen Systeme Frankreichs²⁸ erstreckt sich auch auf die Zirkel franko-afrikanischer Politik, mit den daraus resultierenden Loyalitäten bis zur Unterstützung im militärischen Konfliktfall. Hier konvergieren die Personalisierung des Politischen in den neopatrimonialen Systemen Afrikas (vgl. Abschnitt 4.2) und die hohe Bedeutung sozialen Kapitals innerhalb der politischen Klasse Frankreichs. Die klientelistischen Netzwerke, zu denen sie zusammenfließen, bilden das strukturelle Äquivalent dieses Habituselements, in dem die Grenze zwischen Freundschaft und Verwandtschaft verschwimmt: Die »erweiterte Familie«, soziale Grundstruktur afrikanischer Gesellschaften (Schlichte 1996: 72-81), ist auch international erweiterbar.

Die Begrifflichkeiten der Freundschaft durchziehen darüber hinaus den offiziellen Diskurs (vgl. Marchesin 1995: 13f) in einem Ausmaß, das über bekannte Formeln wie der »deutsch-sowjetischen« oder »deutsch-amerikanischen« Freundschaft hinausgeht. Sie reichen von der noch eher distanzierten Bekundung der »généro-

26 Unter dem Schlagwort »Fachoda-Komplex« verweisen einige Autoren auf noch weiter zurückliegende Ereignisse, die, symbolisch überhöht, gleichwohl für das Zustandekommen der Wahrnehmungsweisen bedeutsam wurden. Britische Truppen zwangen eine französische Einheit 1889 die im nördlichen Sudan gelegene Stadt zu räumen und beendeten damit die Ausdehnung des französischen Kolonialbesitzes in Afrika nach Osten. Ins kollektive Gedächtnis schrieb sich dieses Ereignis als peinliche und peinigende Niederlage gegenüber dem imperialen Konkurrenten ein.

27 Eine eingehende Interpretation liegt hierzu von Médard (1994) vor.

28 Vgl. Suleiman (1978); Cohen (1980).

sité« General de Gaulles bis zu den romantisierend-sentimentalen Ansprachen Valéry Giscard d'Estaings anlässlich eines Staatsbesuchs in der Zentralafrikanischen Republik:

»Bonjour, monsieur le Président à vie, salut terre d'Afrique, salut à vous Africaines et Africains, qui êtes les amis de mon cœur et que je suis venu visiter chaque fois que j'ai pu le faire. C'est un grand jour pour moi que celui où je peux vous apporter non seulement mon salut personnel, mais le salut de la France, dont je suis le président [...]. Croyez bien, monsieur le Président à vie, mon cher parent et ami, que la France ressent profondément cette solidarité envers la République centrafricaine, qui, sous votre autorité s'est engagée dans une action en profondeur de développement économique, culturel et humain« (Giscard d'Estaing, zit. nach Wauthier 1995: 302).²⁹

Jenseits der Bekundungen schlägt sich die »Freundschaft« institutionell nieder. Sie beeinflusst Entscheidungen über Mittelflüsse und militärische Interventionen, über Mitgliedschaften und Gründungen internationaler Organisationen. Rhetorisch aber wird der Rekurs auf die Freundschaft, wenn die Bevorzugung bilateraler Entwicklungszusammenarbeit gegenüber multilateralen Institutionen begründet werden soll, wie dies in einer Aussage Jacques Chiracs deutlich wird:

»Pourquoi avoir privilégié dix ans l'aide multilatérale par rapport à l'aide bilatérale? Ce n'est pas raisonnable. [...] Entre deux pays qui se connaissent et qui s'aiment, le bilatéral doit l'emporter sur le multilatéral qui est trop bureaucratique, trop anonyme, moins adapté« (Chirac, zit. nach Jeune Afrique, 13.8.1992: 23)

Weil die postkolonialen Staaten immer als schwache Institutionalisierungen aufgefaßt wurden, und weil die beteiligten afrikanischen Akteure keineswegs als Fremde, sondern als »Freunde« gelten,³⁰ war und ist die »Intervention« in die politischen Geschehnisse immer als Stabilisierung aufgefaßt worden. Die Schutzverpflichtung taucht deshalb auch regelmäßig als Legitimierung französischer Interventionen auf. Sie erklärt auch das Bestreben, das frankophone Afrika aus der Dynamik des Ost-West-Konflikts herauszuhalten.

Dies äußert sich auch in den wiederholt auftauchenden Aussagen französischer Politiker, ohne die französische Unterstützung würden die meisten afrikanischen

29 Valéry Giscard d'Estaing entwickelte unter den Präsidenten der Fünften Republik sicher die engsten persönlichen Beziehungen zur afrikanischen Politik (Bach 1984: 13). Ihm wurden vom Präsidenten und späteren Kaiser der Zentralafrikanischen Republik, Jean-Bedel Bokassa, private Jagdgründe reserviert. Wie zahlreiche andere Amtsträger wurde der französische Präsident darüber hinaus mit Diamanten im Werte mehrerer Millionen Franc beschenkt.

30 Historisch spielt hier natürlich neben der Bedeutung der afrikanischen Kolonien für das »freie Frankreich« im Verlauf des Zweiten Weltkriegs vor allem die staatstragende Rolle afrikanischer Politiker des »Rassemblement démocratique africain« (RDA) in der Vierten Republik eine Rolle. Die Loslösung der afrikanischen Vertreter im Parlament im Jahr 1952 von der kommunistischen Partei und ihr anschließendes Bündnis mit den Sozialisten machte sie zum Teil einer parlamentarisch nicht mehr zu umgehenden »Scharniergruppe«. Die Konstruktion dieses Bündnisses ist wesentlich ein Werk François Mitterrands gewesen (vgl. Wauthier 1995: 423). Die Entstehung dieser reziproken Verpflichtungs-empfindung beruht also auch auf solchen konkreten historischen Erfahrungen.

Staaten zerfallen, die Unterstützung auch repressiver Regime diene also dazu, Schlimmeres zu verhindern. Im allgemeinen politischen Diskurs über Afrika verbindet sich die Schutzverpflichtung mit der Vorstellung der »générosité« und vermischt sich mit dem »anti-anglisme« und den Konjunkturen des wohlwollenden »tiers mondisme« (Mabileau/Quantin 1980: 71).

3.2.3. Der Kulturauftrag

Die Rolle des Kulturalismus im postkolonialen Habitus speist sich einerseits aus der Wahrnehmung Frankreichs als Wahrerin und Trägerin eines besonderen, zur Universalisierung berufenen Zivilisationsmodells, wie dies etwa im Diskurs Charles de Gaulles unter der Chiffre des »génie française« transportiert wird (Mabileau/Quantin 1980: 58). Durch die »Gemeinsamkeit der Sprache«³¹ sind die ehemaligen Kolonien Teil dieses besonderen Kulturraumes. Seit der Präsidentschaft Georges Pompidous haben sich diese Überzeugungen unter der Überschrift der Frankophonie in einer breiten Institutionalisierung und in erheblichen Mittelflächen niedergeschlagen.

Zugleich offenbart sich in der Beurteilung der afrikanischen Politik auch das Beharren auf einer Differenz. Während dem postkolonialen Habitus zufolge Politik in Frankreich auf den Regeln eines demokratischen Gemeinwesens beruht, das sich eines hochdifferenzierten Staatsapparats bedient, wird die soziale Realität afrikanischer Gesellschaften auf den Dualismus von »Stamm« oder »ethnischen Gruppen« und »Chefs« reduziert (vgl. Bayart 1996: 40f), eine Reduktion, die zu zahllosen Fehlperzeptionen politischer Dynamiken in Afrika geführt hat. Verbunden mit der Vorstellung einer generellen Konkurrenz anglophoner und frankophoner Einflusssphären auf dem afrikanischen Kontinent gerinnt diese kulturalistische Auffassung afrikanischer Politik zum generellen Wahrnehmungsmuster, das eine Vielzahl von Handlungsoptionen von vornherein ausschließt.³²

3.2.4. Der Staat als Generalagent

Bedingt durch den Etatismus der französischen Geschichte insgesamt und besonders der Nachkriegsmodernisierung (vgl. Rosanvallon 1990: 15) ist der ausgeprägte Etatismus ein zentraler Bezugspunkt des postkolonialen Habitus. Nicht die neoliberale Ideologie von der höheren Leistungsfähigkeit des schlanken Staats, sondern die selbstverständliche Übertragung aller wichtigen wirtschaftlichen Kompetenzen auf

31 Eine Gemeinsamkeit, die in Wahrheit nicht existiert. Die Sprachen der ehemaligen Kolonialmächte dienen meist nur als Vehikulärsprache der Eliten und werden nur von 5-10 Prozent der afrikanischen Bevölkerungen gesprochen (vgl. Reh 1981). Die »frankophonen« Staaten Afrikas sind nicht frankophon.

32 Ein Musterbeispiel hierfür ist etwa das Verhalten Frankreichs im westafrikanischen Regionalkonflikt um den Bürgerkrieg in Liberia (vgl. Schlichte 1993; Körner 1996).

den Staat kennzeichnet den postkolonialen Habitus der politischen Klasse Frankreichs. Der Staat erscheint hier nicht allein als Garant der wirtschaftlichen Ordnung, sondern ist legitimer Generalunternehmer, sorgende Instanz und allgemeines Prinzip.³³ Der Staat als Hauptagent der wirtschaftlichen Entwicklung, eine Leistung, die dem »selbstregulierenden Markt« nicht zugetraut wird – ist der »demokratische Leviathan« (Rosanvallon 1990: 26).³⁴

Eingelagert in diese Vorstellung sind die Erfahrungen politischer Instabilität, besonders der Vierten Republik, die den besonderen Entwicklungsweg des französischen Staat-Gesellschafts-Verhältnisses kennzeichnen. Der »autoritären« Lösung der Fünften Republik entspricht deshalb auch eine extrem konservative Ausrichtung der französischen Diplomatie, für die im Gegensatz zur Diplomatie anderer westlicher Staaten – besonders der USA – immer nur das »regime in power« akzeptabler Gesprächspartner ist, nie Akteure der »Zivilgesellschaft«. Gleichermaßen ist die französische Entwicklungspolitik dadurch gekennzeichnet, daß die Zusammenarbeit mit »Nicht-Regierungs-Organisationen« im internationalen Vergleich sehr gering ausfällt. Auch blieb die Unterstützung der in den neunziger Jahren entstandenen demokratischen Umgestaltungen bescheiden: Stets wurde, wie die französische Politik in Zaire, Ruanda und Togo belegt, den »anciens régimes« der Vorzug gegeben (Cummings 1995: 391f).

4. Entstehungsbedingungen und Funktionsweisen des internationalen Klientelismus

Im postkolonialen Habitus prägen sich die entscheidenden Strukturen der französischen Afrikapolitik aus. In ihm finden die Praktiken und Regelmäßigkeiten dieser Politik ihre Legitimation und durch ihn wird die Kontinuität dieser Praktiken gewährleistet. Doch diese Kontinuitäten erstrecken sich nicht nur auf die gleichsam »ideelle« Ebene der Habitusmerkmale. Sie haben ihren Niederschlag auch in Institutionen gefunden, die durch die Widersprüchlichkeit des Habitus und die Offenheit gegenüber Partikularinteressen geprägt sind. Das »Chaos der Institutionen« (4.1) hat ihre Patrimonialisierung erlaubt und ist damit auch Resultat der klientelistischen

33 Die Wirkung der historischen Besonderheiten auf die Modi ihrer intellektuellen Verarbeitung bleibt natürlich nicht auf die politische Klasse beschränkt, sondern ergreift die wissenschaftliche Vorstellungswelt in gleicher Weise (vgl. Hugon 1991).

34 Erst in jüngerer Zeit, so scheint es, wandelt sich diese Vorstellung. Die in Frankreich auch innenpolitisch verfolgte – und heftig umstrittene – Austeritätspolitik schlägt sich auch in der Entwicklungspolitik nieder. Über die 80er Jahre ist die anfängliche Zurückhaltung der französischen Regierungen gegenüber der Politik von IWF und Weltbank einem Pragmatismus der knappen Mittel gewichen (vgl. Wilson 1993; Cummings 1995). Diese Veränderung ist sicherlich auch mit einem sich abzeichnenden Generationswechsel in der politischen Klasse zu erklären. Vor allem im Umkreis des französischen Schatzamts, das ca. 60 Prozent der als Entwicklungshilfe vergebenen Mittel direkt kontrolliert, verbreiten sich solche vom postkolonialen Habitus abweichende Haltungen.

Grundstruktur des politischen Feldes der französisch-afrikanischen Beziehungen. Die soziale Logik dieser etwas anderen Policy-Netzwerke (4.2) umfaßt ein Ensemble von Praktiken, das von den Eckpunkten des postkolonialen Habitus gleichsam »gedeckt« wird.

4.1. Das Chaos der Institutionen

Die mangelnde Programmatik der französischen Afrikapolitik findet in der Ungeordnetheit der Institutionen ihre Fortsetzung (vgl. Marchal 1995: 903). Sie hat die Entwicklung einer kohärenten Strategie ebenso verhindert wie die Anpassung der politischen Instrumente an neue internationale Gegebenheiten (vgl. Hibou 1995). Die durch die »Politik wie gewöhnlich« geprägten Praktiken, verankert im postkolonialen Habitus, haben eine Chaotisierung der Institutionen ermöglicht, die für jeden Beobachter verwirrend ist, weil sie keine Rationalität erkennen läßt (vgl. Wilson 1993: 332; Brüne 1995: 234). Diese institutionelle Landschaft ist von sich überschneidenden ministeriellen Zuständigkeiten, von Konkurrenzen zwischen Ministerien und teils hierarchisch angelegten, teils gleichrangigen Abteilungen gekennzeichnet. Die Konsensualität des postkolonialen Habitus hat die »Patrimonialisierung« der französischen Afrikapolitik (Médard 1994) durch klientelistische Netzwerke erlaubt und so die Indienstnahme der Institutionen für private Zwecke befördert. Eine Vielzahl von Fraktionen und Milieus, die mit unterschiedlichsten Bindungen und Interessen auf dem afrikanischen Kontinent aktiv sind, haben diese institutionelle Entwicklung geprägt, der die Konsensualität des postkolonialen Habitus keinen Widerstand entgegenbringen konnte. Bevor die Grundmuster klientelistischer Politik dargelegt werden, die diese Institutionen umgreift, sei am Beispiel der sicherheitspolitischen und entwicklungspolitischen »Zusammenarbeit« kurz die institutionelle Überlagerung verdeutlicht.

Gemäß der Verfassung der Fünften Republik liegt die oberste Zuständigkeit für außenpolitische Belange beim Präsidenten der Republik. Er hat die Entscheidung über die Einsätze der im Süden Frankreichs und auf Korsika stationierten »Force d'action rapide« (FAR) und der ca. 8.000 Mann umfassenden »Légion étrangère«. In der Regel ohne parlamentarische Zustimmung sind auf präsidentiale Initiative hin auch die rund 30 Interventionen Frankreichs in Afrika seit 1960 erfolgt, meist zur »Stabilisierung« innenpolitisch bedrohter Regime (vgl. Brüne 1995: 165). Auf dem Gebiet der militärischen Zusammenarbeit ist aber auch das Verteidigungsministerium aktiv, das mit Personal- und Sachhilfe im Rahmen der zwischen Frankreich und den frankophonen Staaten Afrikas bestehenden Verteidigungsabkommen befaßt ist.³⁵ Dem Verteidigungsministerium unterstehen zudem die ca. 10.000 Truppen der französischen Armee, die ständig in Afrika stationiert sind (vgl. Brüne 1995: 153). Seine

35 Frankreich unterhält mit 23 afrikanischen Staaten Abkommen über technische militärische Zusammenarbeit. Von 13 abgeschlossenen Verteidigungsabkommen mit afrikanischen Staaten sind noch acht in Kraft (vgl. Brüne 1995: 156).

Zuständigkeiten erstrecken sich darüber hinaus auf rund 2.000 afrikanische Soldaten und Offiziere, die jährlich in Frankreich zur Ausbildung weilen. Zuständigkeiten auf militärischem Gebiet lagen jahrzehntlang auch beim »Secrétariat général de Défense«, das dem Premierminister unterstand und neben temporärer Militärhilfe für die Entsendung von jährlich mehreren hundert militärischen »coopérants« befaßt war. Diese Kompetenz wurde mittlerweile an das »Ministère de coopération« übertragen.

Sicherheitspolitisch mit dem afrikanischen Kontinent befaßt sind schließlich auch Geheim- und Aufklärungsdienste,³⁶ die unterschiedlichen Ministerien untergeordnet sind. Offiziere des dem Verteidigungsministerium unterstehenden Geheimdienstes »Direction générale de sécurité extérieure« (DGSE) sollen als Berater aller Staatschefs des *pré carré* tätig sein (Agir ici – Survie 1996: 235). Unter der Bezeichnung »Direction du renseignement militaire« (DRM) sind seit 1992 mehrere militärische Aufklärungsdienste zusammengefaßt, die, ebenfalls dem Verteidigungsministerium unterstellt, auf dem afrikanischen Kontinent aktiv sind. Häufig in Konflikt mit der DGSE steht die dem Innenministerium unterstellte »Direction du Surveillance du Territoire« (DST), deren afrikapolitischen Kompetenzen sich eigentlich auf für die in Frankreich lebenden Afrikaner beschränken, deren Mitarbeiter aber auch auf dem afrikanischen Kontinent aktiv sind (vgl. Porch 1995). Dem Innenministerium ist auch der »Service de coopération technique internationale de police« (SCTIP) unterstellt, zuständig für die Kooperation im Bereich der inneren Sicherheit. Schließlich ist auch das als eigentliches »Afrika-Ministerium« geltende »Ministère de coopération« sicherheitspolitisch in Afrika aktiv. So sind der »Mission militaire de coopération« durchschnittlich 17 Prozent des Budgets dieses Ministeriums gewidmet, die überwiegend für den Sold militärischer »Entwicklungshelfer« verwendet werden (Brüne 1995: 171).

Ähnlich verwirrend mutet die Vielzahl der entwicklungspolitisch relevanten Institutionen an. Die Zuständigkeiten des »Ministère de coopération«, institutionell Nachfolger des Kolonialministeriums, liegen offiziell in der Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit allen Ländern der Dritten Welt. Faktisch beschränkt sich die Aktivität des Ministeriums jedoch auf Entwicklungsprojekte in den überseeischen Departments und Territorien Frankreichs und das frankophone Afrika. Anglophone Staaten Afrikas sind nur in Ausnahmefällen Empfänger französischer Entwicklungshilfe.³⁷

36 Die Geschichte und Entwicklungsdynamik der stark politisierten französischen Geheimdienste ist ein wissenschaftlich völlig unbearbeitetes Feld. Einen eher journalistischen Blick von außen bietet Douglas Porch (1995).

37 Die Geschichte des Ministeriums spiegelt auch die Macht der interessierten Klientelnetze wider. Wiederholt hat es – so auch gegenwärtig – Versuche gegeben, das Ministerium aufzulösen, oder es, wie zwischen 1961 und 1974, dem Außenministerium unterzuordnen. Bisher sind alle diese Versuche gescheitert, weil die *relations privilégiées* ihre eigene institutionelle Ausprägung erfordern, abgekoppelt von der Normalität sonstiger internationaler Beziehungen. Versuche zu Beginn der achtziger Jahre, die durch das Ministerium fließenden Mittel auch in andere Regionen der Dritten Welt zu lenken, scheiterten am Widerstand der etablierten Netzwerke und mündeten in den Rücktritt des ersten sozialistischen Kooperationsministers und Tiersmondisten Jean-Pierre Cot (vgl. Mailloux 1984).

Daneben dient die »Caisse française de développement« (CFD), hervorgegangen aus der ehemaligen Kasse des »Freien Frankreich«, als Kreditinstitut zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten in der Dritten Welt. Auch hier sind die überseeischen Departments und Territorien Frankreichs und die Kernländer *Françafriques* (Côte d'Ivoire, Gabun, Kamerun, Senegal) die Hauptempfänger. Sämtliche Maßnahmen der CFD verstehen sich als »gebundene Hilfe«, die zu günstigen Konditionen gewährten Kredite fließen zurück in die französische Ökonomie. Die CFD gewährt darüber hinaus Zuschüsse und Darlehen im Rahmen der von Weltbank und IWF auferlegten Strukturanpassungsprogramme. Hierfür wurden in der Zeit von 1990 bis 1995 rund 16,5 Mrd. FF aufgewendet. Rund 75 Prozent dieser Mittel bezogen allein die »middle-income-countries« Kamerun, Kongo, Gabun und Côte d'Ivoire, die restlichen 25 Prozent kamen nahezu ausschließlich den anderen frankophonen Staaten Afrikas zugute (CFD 1996: 34).

Das französische Schatzamt, als Teil des Finanz- und Wirtschaftsministeriums, hingegen ist für die Gewährung von Budgethilfen an Regierungen des frankophonen Afrika zuständig. Andere Ministerien unterhalten weitere, fachspezifische Kooperationsprogramme, etwa im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit. In die Zuständigkeit des Außenministeriums hingegen fällt neben dem offiziellen diplomatischen Verkehr die Finanzierung von Stipendien für afrikanische Studenten in Frankreich.³⁸ Schließlich fließen zum Teil erhebliche Mittel durch Entwicklungszusammenarbeit unterhalb der Regierungsebene, durch Projekte von Departments und im Rahmen von Städtepartnerschaften.

4.2. Die etwas anderen Policy-Netzwerke: die »réseaux franco-africain«

Das zweite Charakteristikum französischer Afrikapolitik besteht in der auffälligen Vermischung öffentlicher und privater Angelegenheiten, die in sich häufenden »Skandalen«, im »affaires« zum Ausdruck kommt. Dieser »affaires« läßt sich analytisch in zwei Phänomenbündel zerlegen. Er besteht einerseits in der zunehmenden Personalisierung der französischen Afrikapolitik, die auch die Familien der Präsidenten umgreift, und andererseits in der Entstehung und Persistenz klientelistischer Netzwerke, die unterhalb und in den Institutionen der französischen Afrikapolitik um Chancen konkurrieren.

38 »The French Ministry of Foreign Affairs has never played more than a peripheral role in relation with Francophone Africa« merkt der ehemalige Botschafter der USA in Gabun an (McNamara 1989: 183).

4.2.1. Personalisierung und Patrimonialismus

Von persönlichen Relationen geprägte Politik besteht wesentlich in der Vermischung von Sphären, die dem Modell legal-rationaler Herrschaft zufolge getrennt sind. Nicht nur vermischen sich ökonomische und politische Macht, sondern auch die Sphären des Öffentlichen und Privaten. Die Verwendung öffentlicher Mittel wird von privaten Erwägungen bestimmt oder diese Mittel werden für Zwecke eingesetzt, für die sie der »legalen Satzung« nach (Weber 1985: 822) nicht verwendet werden dürften, etwa zur Finanzierung politischer Parteien. Voraussetzung für solche Praktiken ist das besondere Verhältnis zwischen den beteiligten Personen. Der Tausch von Chancen findet nicht unabhängig von der persönlichen Beziehung zwischen den Tauschpartnern statt (Médard 1993: 147), die über das Interesse der Chancennutzung hinaus durch Vertrauen, Loyalität und Komplizenschaft aneinander gebunden sind. Solche Praktiken der »Patrimonialisierung« öffentlicher Mittel und Institutionen sind in der französischen Politik zwar nicht auf die Beziehungen zu Afrika beschränkt.³⁹ Hier entfalten sie aber eine besondere Bedeutung und drohen, zum allgemeinen Prinzip zu werden.⁴⁰

Diese sich regelmäßig in »Skandalen« der französisch-afrikanischen Beziehungen äußernde Vermischung der privaten und öffentlichen Sphäre im Handeln von Regierungsmitgliedern ist in den Beziehungen Frankreichs zu seinen ehemaligen Kolonien zudem keine soziale Ausnahme. Denn das ungleiche Verhältnis kennzeichnet nicht nur die Politik, sondern durchzieht alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in *Françafrique*. In der Kooperation von Universitäten ebenso wie im Militärwesen, in den »réseaux« des Rotary Club, der Freimaurer und anderer Assoziationen finden sich die gleichen oder ähnliche Praktiken (Médard 1993: 148).

Die Entstehung und Persistenz klientelistischer Beziehungen im Feld der französischen Afrikapolitik kann deshalb nicht auf eine »Korrumpierung« der ehemaligen Kolonialmacht durch die Logik politischer Herrschaft in afrikanischen Gesellschaften zurückgeführt werden. Denn einerseits bildeten politische Strukturen in der Frühphase der Fünften Republik und die im postkolonialen Habitus sedimentierten Motive die entscheidenden Bedingungen ihrer Entstehung, andererseits sorgte die Geschlossenheit des Milieus der »noblesse d'Etat« (Bourdieu 1989) und die Zirkulation der Inhaber politischer und ökonomischer Machtpositionen für die fortdauernd hohe Bedeutung »sozialen Kapitals« im politischen System Frankreichs (vgl. Birn-

39 Weil diese Phänomene sektoriell begrenzt bleiben, ist Frankreich kein neopatrimonialer Staat (Médard 1993: 147).

40 Ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit mag dies veranschaulichen: Der Vorsitzende eines Department-Rats widmet ein Prozent seines Budgets der Entwicklungshilfe. Das Geld wird für den Bau eines Krankenhauses in einem afrikanischen Staat eingesetzt, und zwar in einer gegenüber dem dortigen Präsidenten oppositionell eingestellten Region. Mit dem Ressourcenfluß wird also politische Unterstützung erheischt. Für diesen Dienst erlaubt der afrikanische Präsident Freunden des französischen Politikers, die Konzession für die nationale Lotterie zu erwerben, die im Rahmen eines Privatisierungsprogramms entstaatlicht wird und als besonders lukratives Objekt gilt. Die Freunde des französischen Politikers revanchieren sich mit Überweisungen in dessen schwarze Kassen.

baum et al. 1978: 187; Mény 1995: 23f). So öffneten sich vielfältige Anknüpfungspunkte für klientelistisch verfaßte Beziehungen und neopatrimoniale Praktiken.

4.2.2. Neopatrimonialer Staat und Klientelismus

Die politische Ökonomie afrikanischer Staaten bildet dort die entscheidende Voraussetzung für die Entstehung und Persistenz klientelistischer Praktiken. Dort ist der »Big Man«, der Idealtyp des Staatsmanns im postkolonialen Afrika, ein politischer Unternehmer (vgl. Médard 1992). Er akkumuliert gleichermaßen politische und ökonomische Machtmittel, die jedoch nicht allein der persönlichen Bereicherung zur Verfügung stehen, sondern zum großen Teil über Klientelnetze redistribuiert werden müssen.

Solche klientelistischen Beziehungen sind Beziehungen zwischen Akteuren mit ungleicher Ressourcenausstattung. In ihrer klassischen politischen Form werden sie als reziprokes Verhältnis aufgefaßt, in dem der Patron die Loyalität seiner Klientel mit materiellen Vorteilen entlohnt.⁴¹ Die regelhaft klientelistische Struktur beruht auf dem besonderen Charakter der postkolonialen afrikanischen Staaten, die nicht nur politische Machtzentren, sondern zugleich auch die wichtigsten Quellen ökonomischer Macht sind.⁴² Nicht die Einkünfte aus der indirekten Besteuerung wirtschaftlicher Aktivität ihrer Bevölkerungen, sondern vor allem Renten aus dem Export von Rohstoffen, Kredite und »Hilfen« jedweder Art bilden die wichtigsten Einkünfte dieser Staaten. Für die frankophonen Staaten Afrikas ist die französische »coopération« neben den multilateral organisierten Krediten und Hilfen und den auf dem Weltmarkt erzielten Renten die wichtigste Quelle materieller Ressourcen. Die nachkolonialen Staaten sind zum »Patrimonium« ihrer Präsidenten geworden.

Die neo-patrimoniale Konstruktion afrikanischer Staaten verschmilzt mit den Praktiken der Personalisierung und der »copinage« der ehemaligen Kolonialmacht zu den *réseaux*, den Netzwerken des politischen Raumes *Françafrique*. Die klientelistischen Bande binden die »Prinzen des Nordens« und die »Prinzen des Südens« (Badie 1992: 23). Solche *réseaux* bilden einen sich ausbreitenden Unterbau der nach legal-rationalem Verständnis verfaßten Institutionen, die sie in wechselnden Intensitäten beeinflussen.⁴³ Grundlage dieser Beziehungen ist neben der langen und intimen Kenntnis der politischen Verhältnisse auf beiden Seiten die durch den politischen Habitus sanktionierte Sonderstellung der Außenbeziehungen der ehemaligen afrikanischen Kolonien zu Frankreich.

41 Zum Begriff des Klientelismus und seiner Abgrenzungen gegenüber verwandten Termen vgl. den Überblick bei Abercrombie/Hill (1976) sowie Howard (1994).

42 Vgl. Bayart (1989: 102-117); Schlichte (1996: 93-103).

43 Neben journalistischen Arbeiten (vgl. etwa Smith/Glaser 1992, 1994) sind es vor allem Indizien und die Gerüchteküche des »radio trottoir«, die diese Darstellung begründen. Eine dem gemeinen Verständnis nach »wissenschaftliche« Untersuchung dieses Feldes stößt auf mehr als nur eine Schwierigkeit. Die Existenz und bedeutsame Einflußnahme dieser *réseaux* auf politische und Verwaltungsentscheidungen wird aber auch von Behördenvertretern bestätigt, die nicht den betroffenen Abteilungen zugeordnet sind.

4.2.3. Entstehung und Wandel der »réseaux«

Für die politischen Beziehungen zu den frankophonen Staaten Afrikas haben fast alle Präsidenten der Fünften Republik einen eigenen Berater für ihre Afrikapolitik unterhalten. Diese »cellule africaine« des Elysée bildete den Nukleus der vielfältigen Beziehungsnetze französischer Afrikapolitik. Die der öffentlichen Kontrolle entzogenen »Berater« agieren ohne jede demokratische Legitimität, ihre Qualifizierung besteht neben ihrer fachlichen Qualifikation in der persönlichen Beziehung zum Präsidenten und ihrer absoluten Loyalität (vgl. Cohen 1980). Die Afrikaberater des Präsidenten, Mittelpunkt der im Elysée angesiedelten »cellule africaine«, bilden deshalb das Zentrum der Verbindung offizieller Politik mit dem halb-privaten Milieu des »affairesme«. Unter Charles de Gaulle und George Pompidou war dies Jacques Foccart, dessen enge Mitarbeiter dann unter Valéry Giscard d'Estaing als Afrikaberater fungierten. François Mitterrand rekrutierte zunächst den Apotheker Guy Penne und dann seinen Sohn Jean-Christophe Mitterrand als Afrikaberater.⁴⁴ Jacques Foccart diente von 1995 bis zu seinem Tod im März 1997 wieder als Afrikaberater Jacques Chiracs.

Bedingt durch die überragende Position des über mehrere Machtmittel verfügenden Jacques Foccart formierten sich die *réseaux* in den sechziger Jahren zunächst unter dessen zentraler Kontrolle. Faktisch den Rang eines Ministers einnehmend war Foccart dem Präsidenten direkt unterstellt. Aus privaten Geschäftsbeziehungen besaß die »graue Eminenz« Charles de Gaulles persönliche Kontakte in allen Ländern der »chasse gardée« schon vor dem Zweiten Weltkrieg und nahm sich den politischen wie persönlichen Problemen der Staatsschefs gleichermaßen an. Neben diesem »sozialen Kapital« machte das Erbe der Klandestinität die Besonderheit des *système Foccart* aus: Präsident de Gaulle aus Kriegszeiten absolut loyal ergeben, war Foccart gleichzeitig zuständig für die Geheim- und Nachrichtendienste und Chef des gaullistischen Ordnungsdienstes »Service d'Action Civique«. Bereits aus diesen Tagen datiert die Praxis der Finanzierung schwarzer Kassen einiger französischer Parteien, durch »Kontributionen« aus den Netzwerken.

Nach einer Phase der Kontinuität unter Georges Pompidou erlebte das *système Foccart* einen ersten Wandel während der Präsidentschaft Valéry Giscard d'Estaings. Dieser entließ über fünfzig der Foccart ergebenen Diplomaten und schließlich Foccart selbst.⁴⁵ In der nun einsetzenden Ära entwicklungspolitischer Großprojekte und des sich auch auf dem afrikanischen Kontinent verschärfenden Ost-West-Konflikts veränderten sich die Chancen für das alte Netzwerk. Zugleich aber ergab sich ein erweiterter Markt. Das zunächst stark um die Person Foccart's herum zentralisierte »réseau« hat sich seit den siebziger Jahren zunehmend ausdifferenziert und ist in mehrere konkur-

44 Diese Wahl mag erstaunen. Entscheidende Auswahlkriterien für diese Position sind jedoch allein das soziale Kapital und die Loyalität der Berater, nicht formale Bildungsabschlüsse oder ihr politischer Rang.

45 Die neuen Afrikaberater des Präsidenten, zunächst René Journiac, dann Martin Kirsch, waren jedoch beide ehemals enge Mitarbeiter Foccart's (Cohen 1980: 165).

rierende Bestandteile fragmentiert. Seitdem konkurrieren verschiedene »réseaux« um Ressourcen wie öffentliche Aufträge, Import- und Exportlizenzen, Geschäftsvertretungen und die Gewährung von Sicherheitsdiensten und Waffenlieferungen.

Nur schwer läßt sich abschätzen, ob die dann unter der Präsidentschaft Mitterrands zunehmende Häufigkeit der Skandale auf einer vermehrten Zahl und Aktivität solcher klientelistischer Netzwerke beruhte oder ob diese nur vermehrte Aufmerksamkeit erfuhren. Die *chronique scandaleuse* wurde im Verlauf der achtziger Jahre jedenfalls um viele Geschichten bereichert. Seit Mitte der achtziger Jahre beschränken sich die *réseaux* keinswegs mehr auf den traditionellen Aktionsraum des frankophonen Afrika, sondern beginnen andere Teile des Kontinents, etwa den Sudan oder Angola, in gleicher Weise einzubinden (vgl. Agir ici – Survie 1996).

Nicht immer ist eindeutig zu sagen, wer in diesen Beziehungen der Patron ist und wer der Klient. Die *réseaux* begründen jedenfalls kein einseitiges Herrschaftsverhältnis Frankreichs, sondern kreieren zahlreiche gegenseitige Abhängigkeiten. Unter Präsident Georges Pompidou waren afrikanische Politiker in der Lage, Zensurmaßnahmen gegen französische Publikationen durchzusetzen, und es sind auch die afrikanischen Teile der *réseaux*, die die Eigenständigkeit »ihres« Ministeriums für Kooperation sicherten (vgl. Bayart 1984: 34f). Das beträchtliche Ausmaß der Abweichung von französischen »Vorgaben« des afrikanischen Abstimmungsverhaltens im Rahmen der UN (vgl. Brüne 1995: 80f) und der nicht selten erfolgreiche Druck frankophoner Regierungen auf Entscheidungen der französischen Regierung belegen die gelegentlich erstaunlich große Gestaltungsmöglichkeit der Beziehungen durch die »Klienten«.46

Der »*bloque hégémonique franco-africain*« (Bayart 1989: 234f) läßt sich nicht auf eine simple »de facto alliance between the French and the African ruling class« (Martin 1985: 203) reduzieren. Die auftretenden Risse zwischen französischen und afrikanischen Beteiligten beruhen auf einem anderen Zusammenhang: Im »Kampf um Chancen« (vgl. Weber 1985: 8) muß dem Klienten jedes Mittel recht sein, um seinen Verhandlungsdruck zu erhöhen. Die Drohung, den Patron zu wechseln, ist dabei ein probates Mittel,47 ohne daß darin immer ein grundlegender Bruch zum Ausdruck käme.

46 Als Beispiel mag die französische Entscheidung zur militärischen Intervention 1983 im Tschad dienen, die nach übereinstimmender Meinung der Beobachter nicht durch »imperiale Ambitionen« der französischen Regierung, sondern auf Druck der frankophonen afrikanischen Regierungschefs zustande kam (vgl. Bayart 1984: 42-44).

47 Gabuns Staatschef Omar Bongo formuliert das 1981 so: »Glauben Sie mir, Gabun ist ein sehr schönes Mädchen, dem viele Herren den Hof machen. Da muß man sehr aufpassen: ein verllorener Freund bedeutet zehn neu gewonnene« (Bongo, zit. nach Bayart 1984: 60f, meine Übersetzung). Gleichwohl hatte dieses Druckmittel seine Grenzen: Besonders in der Ära Giscard d'Estaing drohte eine Absetzung derjenigen Herrscher, die das Spiel zu weit trieben. Das wohl bekannteste Beispiel dafür ist das Schicksal Jean Bedel Bokassas: Nachdem die französische Regierung dessen Krönungsfeierlichkeiten 1977 mit nahezu 140 Millionen Franc finanziert hatte, inszenierte dieselbe Regierung zwei Jahre später einen Putsch, der zur Absetzung Bokassas führte. Dieser hatte zuvor versucht, seine finanziellen Schwierigkeiten durch libysche Hilfen zu überbrücken (vgl. Wauthier 1995: 301-325).

4.2.4. Naht das Ende der »réseaux«?

Eine Reihe von Gründen spricht dafür, daß sich das klientelistische Grundmuster französisch-afrikanischer Beziehungen schon in naher Zukunft weiter modifizieren wird. Dabei lassen sich zwei Interpretationen unterscheiden, von denen eine auf die »banalisation« dieser Beziehungen abstellt, während die andere eher von einer Zunahme informeller Elemente ausgeht und sogar eine weitere »Kriminalisierung« für wahrscheinlich hält. Eine »Rationalisierung« der französischen Afrikapolitik ist wegen innerer und äußerer Zwänge zu erwarten. Einerseits nötigt der Budgetdruck die französische Regierung zu einem verminderten Mitteleinsatz im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Ein sukzessiver Generationswechsel in der politischen und administrativen Klasse könnte diese Tendenz verstärken.

Seit 1990 läßt sich zudem eine beschleunigte Anpassung an die Vorgaben der internationalen Finanzorganisationen erkennen: Der Abschluß von Strukturanpassungsprogrammen wird offiziell zur Voraussetzung weiteren französischen Engagements (vgl. Cummings 1995). Als Zeichen eines solchen Umbruchs wurden allgemein die Abwertung des an den französischen Franc gekoppelten Franc CFA gedeutet. Damit steht auch die französische Entwicklungszusammenarbeit unter einem wachsenden Zwang zur Multilateralisierung, dem sie sich bisher zu entziehen wußte. Nur noch wenige Nischen der Entwicklungszusammenarbeit würden dann als Ressourcenquelle klientelistischer Praktiken dienen können. Ähnliche Rationalisierungseffekte könnten sich aus der umfangreichen Privatisierungswelle ehemals in öffentlichem Besitz befindlicher Unternehmen wie des Erdölkonzerns Elf-Aquitaine und der Internationalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen ergeben. In diesem Fall ließe die Internationalisierung »disziplinierende« Effekte auf ein bisher innenpolitisch bestimmtes Politikfeld erwarten.

Diese Veränderungen müssen aber nicht das Ende der *réseaux* bedeuten. Die nachlassende Bedeutung des öffentlichen Sektors als Ressourcenquelle kann »funktionale Äquivalente« hervorbringen, die mit den Stichworten »Kriminalisierung des Ökonomischen« und »Privatisierung der Gewalt« nur unzureichend beschrieben sind. Symptomatisch dafür scheint etwa die Privatisierung des Sicherheitsmarkts zu sein, indem etwa hohe ehemalige Sicherheitsbeamte Frankreichs, toleriert von der französischen Regierung, ihre Dienste als Privatunternehmer für afrikanische Staatsoberhäupter zur Verfügung stellen. Es erscheint zudem plausibel, daß mit schrumpfender Verteilungsmasse die Auseinandersetzungen um deren Verteilung deutlich schärfer werden. Damit steigen die Anreize, illegale Mittel einzusetzen, um ökonomische Chancen zu sichern. Teile der *réseaux* könnten daher in den Sog der »Kriminalisierung der Politik« geraten, die im subsaharischen Afrika in vollem Gange ist (vgl. Bayart et al. 1997).

5. Befunde und Implikationen

In den vorangegangenen Abschnitten wurde versucht, zwei Hauptmerkmale der französischen Afrikapolitik, ihre Kontinuität trotz hoher Kosten und ihre Skandalträchtigkeit, mit der Kategorie des »postkolonialen Habitus« und der Wirkmäch-

tigkeit klientelistischer Netzwerke zu erklären. Dabei stehen die zentralen Argumente in einem gegenseitigen Verweisungszusammenhang: Ohne den postkolonialen Habitus und das Chaos der Institutionen würde die Entstehung der klientelistischen Praktiken unklar bleiben, ohne die Persistenz der klientelistischen Strukturen wäre das Scheitern bisheriger Reformversuche unerklärlich und ohne die erheblichen Mittelflüsse und politischen Interaktionen bliebe die fortwirkende Geltung des postkolonialen Habitus rätselhaft. Diese Befunde weisen in mehrfacher Hinsicht über den Einzelfall der französischen Afrikapolitik hinaus. Sie berühren einerseits Fragen nach der Bedeutung klientelistischer Praktiken in der internationalen Politik allgemein und andererseits nach der Bedeutung des Konzepts des sozialen Habitus für die Theorie(n) der Internationalen Beziehungen.

5.1. Klientelismus und Bürokratie

Die Ergebnisse dieser Analyse bilden zunächst einen Beitrag über die komplexen Zusammenhänge internationaler Politik und bürokratischer Organisation: Die Befunde über die institutionellen Mängel der französischen Afrikapolitik bestätigen die etwa von Michel Crozier (1963: 308) bemerkten Abhängigkeiten bürokratischer Organisation von »kulturellen« Eigenheiten und Charakteristika politischer Systeme. Das Konzept des sozialen Habitus bietet dabei eine Möglichkeit, diese Besonderheiten in ihren Auswirkungen auf die konkrete Politik begrifflich zu fassen, ohne in die Aporien eines kulturalistischen Relativismus vermeintlich unvergleichbarer Besonderheiten zu verfallen.

Zugleich erinnern diese Befunde an seit langem diskutierte Einflüsse bzw. die Determiniertheit von Außenpolitik durch die beteiligten Bürokratien. Im Gegensatz zur von Graham Allison (1971) vertretenen Auffassung von der weitestgehenden Determinierung politischer Entscheidungen durch Effekte bürokratischer Organisation bestätigt die Analyse der französischen Afrikapolitik weniger das »Eigengewicht« bürokratischer Institutionen und Entscheidungsträger als ihre Eingebundenheit in Interessen und Ideen sozialer Gruppen.⁴⁸

Der Fall der französischen Afrikapolitik scheint nicht nur in dieser Hinsicht seine Besonderheit zu verlieren. Auffällig sind die Parallelen mit anderen Feldern der internationalen Politik. So zeigt etwa die US-amerikanische Politik in Panama deutliche Ähnlichkeiten zu Mitteln und Problemen der französischen Afrikapolitik (vgl. Madelin 1993: 262f). Der »Reptilienfond« Bismarcks schließlich repräsentiert ein Beispiel der in der Politik des 19. Jahrhunderts nicht seltenen Vermischungen von privater und öffentlicher, politischer und ökonomischer Sphäre (vgl. Stern 1988). Offenbar ist gerade das Feld der Außenpolitik, traditionell weniger demokratischer Kontrolle ausgesetzt und gern offiziell als »arcanum« der Regierungspolitik behandelt, prädestiniert für die

48 Diese Befunde relativieren aber zugleich auch die Gegenposition, wie sie von Stephen Krasner (1972: 168) für die US-amerikanische Außenpolitik formuliert wurde: »The ability of bureaucracies to independently establish policies is a function of Presidential attention. Presidential attention is a function of Presidential values.« Im hier untersuchten Fall wirken noch ganz andere Faktoren auf diese Beziehungen ein.

Persistenz klandestiner politischer Praktiken, deren Aufdeckung dann regelmäßig Empörung in der Öffentlichkeit hervorruft. Die inneren Zusammenhänge der Entstehung solcher Strukturen sind ein ebenso wichtiges wie methodisch schwierig zu bearbeitendes Feld, das in den Internationalen Beziehungen zugunsten der offensichtlichen Seiten internationaler Politik bisher vernachlässigt wurde.

5.2. Sozialer Habitus und Internationale Beziehungen

Aus der vorangegangenen Darstellung ergeben sich eine Reihe von theoretischen Konsequenzen. Sie betreffen vor allem die Reichweite des vorgestellten Erklärungsansatzes und damit auch dessen Grenzen. Zunächst einmal ist die hier dargebotene Erklärung keine »Theorie«, sondern sie bezieht sich auf Lücken der Theoriebildung. Dabei ist vor allem der Begriff des sozialen Habitus von zentraler Bedeutung. Das Konzept des sozialen Habitus fügt sich in den Strom theoretischer Ansätze, die in den vergangenen Jahren innerhalb der Internationalen Beziehungen unter Begriffen wie »Reflexivität« und »Konstruktivismus« diskutiert werden.⁴⁹ Bisher drehen sich diese Diskussionen um so Diverses wie »Kultur, Wissen, Mythen, Weltbilder, kognitive Faktoren« (Jachtenfuchs 1995: 419), ohne jeweils genaue begriffliche Abgrenzungen voneinander vorzunehmen. Konzeptualisierungsversuche wie »konsensuales Wissen«, »epistemische Gemeinschaften« oder »praxiskonstituierende Normen« und »world views« entziehen sich deshalb noch einer schlüssigen Systematisierung, so daß hier nur einige Konvergenzen und Abgrenzungen des Konzepts des sozialen Habitus zu einigen vorliegenden Beiträgen dargestellt werden können.

Der Begriff »sozialer Habitus« entstammt dem theoretischen Kontext der mittlerweile sogenannten Theorie der Strukturierung, die im wesentlichen auf die Arbeiten von Anthony Giddens (1984) und Pierre Bourdieu (1976, 1987) zurückgeht. Theorien der Strukturierung rücken das Problem der wechselseitigen Reproduktion von Akteuren und Strukturen in den Mittelpunkt (vgl. auch Wendt 1987: 355-361).⁵⁰ Der Habitus markiert in diesem wechselseitigen Zusammenhang jene Stelle, die gewährleistet, daß durch die Handlungen eines Akteurs Strukturen reproduziert werden und »sich nicht ständig alles ändert«.

Die in Strukturierungsansätzen formulierten Forderungen an eine moderne Sozialtheorie sind in vielerlei Hinsicht mit den unter der Überschrift »Konstruktivismus« formulierten Anforderungen an ein erweitertes Theorieverständnis in den Internationalen Beziehungen identisch (vgl. Adler 1997: 325; Jachtenfuchs 1995: 424). Denn in den Diskussionen um das Verhältnis von »Ideen« und Interessen scheint sich ein Konsens dahingehend abzuzeichnen, daß sowohl »Ideen« wie Interessen ihren kausalen Stellenwert in der Erklärung menschlichen Handelns haben (Goldstein/Keohane

49 Zur Übersicht vgl. Jachtenfuchs (1995), Schaber/Ulbert (1994) und jüngst Adler (1997).

50 Die Arbeiten von Alexander Wendt (1987, 1992) fügen dem allerdings eine Staatszentrierung hinzu, die der Theorie der Strukturierung an sich nicht eigen ist.

1993: 4). Unterschiede gibt es gleichwohl in den Auffassungen darüber, wie diese Einsicht eine Umsetzung in Methode und Theorie erfahren soll. Das Konzept des sozialen Habitus bietet jedenfalls eine Möglichkeit, auf diese Frage zu antworten, indem es ebenfalls die Unterkomplexität theoretischer Ansätze überwindet, die das Verständnis des Politischen auf zweckrationales Handeln reduzieren.

Epistemologisch nimmt die Theorie der Strukturierung, der der Begriff des sozialen Habitus entstammt, eine »Mittelstellung« (Adler 1997) zwischen Rationalismus und radikalen poststrukturalistischen Ansätzen ein, weil sie zwar einerseits die explikative Omnipotenz des utilitaristischen Handlungsbegriffs nicht anerkennt, andererseits aber nicht die Realität einer Welt jenseits ihrer Repräsentationen bestreitet. Strukturen sind immer vermittelte, sie haben aber jenseits ihrer Repräsentationen eine materiale Seite (vgl. Searle 1995: 190-197).

Unter den vorliegenden Versuchen, das Verhältnis von »Ideen« und Interessen konzeptionell zu fassen, steht der von Judith Goldstein und Robert Keohane (1993: 8) vorgeschlagene Begriff »worldview« dem mit dem Konzept des sozialen Habitus Gemeintem wohl noch am nächsten, denn beide Begriffe bezeichnen jene generellen Voreinstellungen politischer Akteure, die sich nicht auf Interessenbündel reduzieren lassen, sondern eben den erst interessenkonstituierenden Hintergrund, die »Weltsichten« politisch Handelnder bilden. Der soziale Habitus verweist dabei auch auf das Vor-Bewußte, auf diejenigen Fluchtpunkte eines politischen Weltbildes, die nicht artikuliert und verhandelt werden, weil sie nicht im Vordergrund des politischen Bewußtseins stehen, sondern es allererst konstituieren. Seine vermittelnde Position zwischen Akteur und Struktur soll es ermöglichen, diese vorstellungskonstituierenden Schemata aus ihrem Entstehungszusammenhang herzuleiten und dann begrifflich zu fassen.

Dieser Verweis auf das Vor-Bewußte unterscheidet den sozialen Habitus als Konzept auch von Ansätzen, die auf »Ideen« als kognitive Faktoren politischen Handelns abstellen, deren Geltung Gegenstand von Diskursen ist. In dieser Hinsicht unterscheidet sich das Konzept gerade vom Begriff der »epistemischen Gemeinschaften«, dem es um die Konzeptualisierung kollektiver Lernprozesse zu tun ist (Adler/Haas 1992: 369). Aus demselben Grund kann der Begriff des sozialen Habitus auch nicht mit dem der sozialen Rolle gleichgesetzt werden. Rollen sind im soziologischen Verständnis immer normative, sanktionierte Erwartungscluster, die von Akteuren – mindestens auf Anfrage – auch artikuliert werden.⁵¹

Ob das Bourdieusche Habitus-Konzept geeignet ist, allgemein zur Auflösung der Aporien in der Akteur-Struktur-Debatte beizutragen, konnte in diesem Beitrag

51 In diesem Sinne stehen eher die Begriffe »Patron« und »Klient« (s. Abschnitt 4.2) für soziale Rollen, denn sie bezeichnen solche Erwartungshaltungen bezogen auf reziprokes Verhalten. Der Gedanke ließe sich insofern noch fortführen, als sich die gegenwärtig abzeichnende Internationalisierung der französischen Afrikapolitik als Rollenkonflikt interpretieren ließe, in dem sich die politische Klasse und Staatsführung Frankreichs dem Widerspruch der Imperative der »hidden institution« Klientelismus und der anderen Idealen verpflichteten europäischen Außen- und Entwicklungspolitik ausgesetzt sieht, analog dem von Michael Barnett (1993) geschilderten Fall der Rollenkonflikte im arabischen Staatssystem.

natürlich nicht abschließend beantwortet werden. Dazu ist das Konzept selbst noch mit zu großen strukturalistischen Hypothesen belastet. Unter anderem ist die Erklärung sozialen Wandels darin noch nicht voll entfaltet (Reckwitz 1997: 92). Soziale Strukturen und ihre Inkorporation im Habitus der Akteure sind offenbar mindestens für gewisse Gegenstände der internationalen Politik ein nützliches Erklärungsmoment. Das Konzept des sozialen Habitus ermöglicht darüber hinaus, spezifische sozialstrukturelle Kontexte in ihrer Wirkung für politisches Handeln zu integrieren, ein Thema, das in den meisten Theorien internationaler Beziehungen noch kaum Berücksichtigung findet.⁵²

In methodischer Hinsicht gehört das Konzept des sozialen Habitus zu jenen Ansätzen, die »Erklären« und »Verstehen« in sozialwissenschaftlichen Herangehensweisen verbunden wissen wollen, also neben den positiven, sichtbaren »Fakten« hermeneutische Mittel, nämlich Sinnverstehen, als integralen Bestandteil einer sozialwissenschaftlichen Methodik ansehen. Hier zeigt das Konzept noch deutliche Schwächen. Die Methodik der Konstruktion eines realtypischen Habitus ist bisher ausgesprochen unausgereift. Dieser Nachteil ist indes insofern zu relativieren, als hermeneutische Probleme in den Internationalen Beziehungen bisher insgesamt sehr vernachlässigt worden sind (vgl. Goldstein/Keohane 1993: 27). Aber der soziale Habitus ist zumindest ein geeignetes Konzept, um die Vermittlungsschritte aufzuzeigen, in denen Ideen und Interessen sich bedingen und so strategisches Handeln prägen. Dies ist wenigstens eine Möglichkeit, die Komplexität sozialpsychologischer Allgemeinheiten und individuellen Handelns konzeptionell zusammenzuführen. Deshalb ist er nicht bloß ein Begriff für Sonderfälle, sondern grundsätzlich auch für andere Zusammenhänge tauglich, wie dies Norbert Elias (1990) für den deutschen bürgerlichen Habitus gezeigt hat.

Ebenso deutlich aber zeigen die Befunde, welche Schwierigkeiten eine sich auf den utilitaristischen Handlungsbegriff beschränkende Sozialtheorie gelegentlich hat, Entstehung, Verläufe und Funktionsweisen konkreter Politik zu erklären. Im Rückgriff auf alternative sozialtheoretische Konzepte, auf Bourdieus Habitus-theorie etwa oder auf Max Webers verstehende Soziologie können diese Erklärungsdefizite aufgehoben werden. Im ersten Paragraphen seiner »Soziologischen Grundbegriffe« hat Weber darauf verzichtet, den Idealtypus des »zweckrationalen Handelns«, Maßstab der »objektiven Richtigkeitsrationalität«, zur allein erklärenden Kategorie zu vereinseitigen, und hatte neben ihn wertrationale, das affektuelle und das traditionale Handeln gestellt. »Wirklich effektiv, d.h. voll bewußt und klar, sinnhaftes Handeln ist in der Realität stets nur ein Grenzfall« lautet ein Resümee seiner Betrachtungen über die Methodik der verstehenden Soziologie, einen Befund, auf den die »historische und soziologische Betrachtung bei Analyse der Realität stets Rücksicht zu nehmen haben« (Weber 1985: 10f, Hervorh. dort). Das ist nicht gleichbedeutend mit dem Verzicht auf klare Begriffsbildung, sondern ein Plädoyer dafür, sich bei der sozialwissenschaftlichen Analyse nicht allein auf eine mikroökonomisch verkümmerte Anthropologie zu verlassen.

52 Die prominenteste Ausnahme stellen hier wohl die Arbeiten von Robert Cox (1987) dar.

Literatur

- Abercrombie, Nicholas/Hill, Stephen 1976: Paternalism and patronage, in: *British Journal of Sociology* 27: 4, 413-429.
- Adda, Jacques/Smouts, Marie-Claude 1989: *La France face au Sud. Le miroir brisé*, Paris.
- Adler, Emanuel 1997: Seizing the Middle Ground: Constructivism in World Politics, in: *European Journal of International Relations* 3: 3, 319-363.
- Adler, Emanuel/Haas, Peter M. 1992: Conclusion: Epistemic Communities, World Order, and the Creation of a Reflective Research Program, in: *International Organization* 46: 1, 367-390.
- Agir ici – Survie 1996: Dossier noirs de la politique africaine de la France, n° 1-5, Paris.
- Allison, Graham 1971: *The Essence of Decision: Explaining the Cuban Missile Crisis*, New York.
- Bach, Daniel 1984: *La politique africaine de Valéry Giscard d'Estaing: contraintes historiques et nouveaux espaces économiques*, Bordeaux.
- Badie, Bertrand 1992: *L'Etat importé*, Paris.
- Badie, Bertrand 1995: *La fin des territoires*, Paris.
- Barnett, Michael 1993: Institutions, Roles, and Disorder: The Case of the Arab State System, in: *International Studies Quarterly* 37: 2, 271-296.
- Bayart, Jean-François 1984: *La politique africaine de François Mitterrand*, Paris.
- Bayart, Jean-François 1989: *L'Etat en Afrique. La politique du ventre*, Paris.
- Bayart, Jean-François 1996: *L'illusion identitaire*, Paris.
- Bayart, Jean-François/Ellis, Stephen/Hibou, Béatrice 1997: *La criminalisation de l'Etat en Afrique*, Brüssel.
- Beyme, Klaus von 1993: *Die politische Klasse Deutschlands*, Frankfurt a.M.
- Birnbaum Pierre/Barucq, Charles/Bellaïde, Michel/Marié, Alain 1978: *La classe dirigeante française. Dissociation, interpénétration, intégration*, Paris.
- Bohn, Cornelia 1991: *Habitus und Kontext. Ein kritischer Beitrag zur Sozialtheorie Bourdieus*, Opladen.
- Bourdieu, Pierre 1962: Célibat et condition paysanne, in: *Etudes rurales* 5-6, 32-136.
- Bourdieu, Pierre 1976: Entwurf einer Theorie der Praxis auf der Grundlage der kabyliischen Gesellschaft, Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre 1986: Habitus, Code et Codification in: *Actes de la recherche en sciences sociales* 64: sept., 40-44.
- Bourdieu, Pierre 1987: *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*, Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre 1989: *La noblesse d'Etat. Grandes écoles et esprit de corps*, Paris.
- Brot, Michel 1995: Mitterrand et l'Afrique en 1957, in: *Politique africaine* 58, 51-53.
- Brüne, Stefan 1995: *Die französische Afrikapolitik. Hegemonialinteresse und Entwicklungsanspruch*, Baden-Baden.
- Carlsnaes, Walter 1992: The Agency-Structure Problem in Foreign Policy Analysis, in: *International Studies Quarterly* 36: 3, 245-270.
- CFD – Caisse française de développement 1996: *Rapport annuel 1995*, Paris.
- Chafer, Tony 1992: French African Policy: Toward Change, in: *African Affairs* 91, 37-51.
- Chuter, David 1996: *Humanity's Soldier. France and International Security, 1919-2001*, Providence, R.I.
- Cohen, Sammy 1980: *Les conseillers du Président. De Charles de Gaulle à Valéry Giscard d'Estaing*, Paris.

- Cox, Robert W. 1987: *Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History*, New York.
- Crozier, Michel 1963: *Le Phénomène bureaucratique*, Paris.
- Cummings, Gordon 1995: French Development Assistance to Africa: Towards a New Agenda?, in: *African Affairs* 94, 383-398.
- Dankert, Jochen 1989: *Die Außenpolitik Frankreichs. V. Republik, Ost-Berlin*.
- Dellaporta, Donatella/Meny, Yves (Hrsg.) 1995: *Démocratie et corruption en Europe*, Paris.
- Dessler, David 1989: What's at Stake in the Agent-Structure Debate? in: *International Organization* 43: 3, 441-473.
- dos Santos, Theotónio 1972: Über die Struktur der Abhängigkeit, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion*, Frankfurt a.M., 243-258.
- Elias, Norbert 1988: *Die Gesellschaft der Individuen*, 2. Auflage, Frankfurt a.M.
- Elias, Norbert 1990: *Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M.
- Foccart, Jacques 1997: *Foccart parle. Entretiens avec Philippe Gaillard*, Band 2, Paris.
- Gharbi, Samir 1996: France-Afrique: la vérité des chiffres, in: *Jeune Afrique* 1873, 27.11.1996, 98-99.
- Giddens, Anthony 1984: *The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration*, Berkeley, Cal.
- Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. 1993: Ideas and Foreign Policy: An Analytical Framework, in: Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. (Hrsg.): *Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change*, Ithaca, N.Y., 3-30.
- Grosser, Alfred 1986: *Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute*, München.
- Heran, François 1987: La seconde nature de l'habitus. Tradition philosophique et sens commun dans le langage sociologique, in: *Revue française de sociologie* 28: 3, 385-416.
- Hibou, Béatrice 1995: Politique économique de la France en zone franc, in: *Politique africaine* 58, 25-40.
- Hollis, Martin 1995: *Soziales Handeln. Eine Einführung in die Philosophie der Sozialwissenschaften*, Berlin.
- Howard, Allen M. 1994: Clientage, in: Stearns, Peter N. (Hrsg.): *Encyclopedia of Social History*, New York, 145-148.
- Hugon, Philippe 1991: La pensée française en économie du développement, in: *Revue d'économie politique* 101: 2, 171-229.
- Jachtenfuchs, Markus 1995: Ideen und internationale Beziehungen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2: 2, 417-442.
- Janning, Frank 1991: Pierre Bourdieus Theorie der Praxis. Analyse und Kritik der konzeptionellen Grundlegung einer praxeologischen Soziologie, Opladen.
- Kant, Immanuel 1956: *Kritik der reinen Vernunft*, Hamburg.
- Kindermann, Gottfried-Karl 1986: Zur Methodik der Internationalen Konstellationsanalyse, in: Ders. (Hrsg.): *Grundelemente der Weltpolitik*, München, 106-144.
- Körner, Peter 1996: Macht- und Interessenpolitik in der ECOWAS-Region und der Krieg in Liberia. Die politische Dimension regionaler Integration in Westafrika, Hamburg.
- Krägenau, Henry 1996: *Internationale Direktinvestitionen*, Baden-Baden.
- Krasner, Stephen D. 1972: Are Bureaucracies Important? (or Allison's wonderland), in: *Foreign Policy* 7, 159-179.
- Laidi, Zaki 1989: *Enquête sur la Banque Mondiale*, Paris.

- Mabileau, Albert/Quantin, Patrick 1980: L'Afrique noire dans la pensée politique du général de Gaulle, in: La politique africaine du général de Gaulle, Actes de colloque organisé par le Centre Bordelais d'Etudes Africaines, CEAN et l'Institut Charles de Gaulle, Bordeaux, 19./20. Oktober 1979, Paris, 53-73.
- Madelin, Philippe 1993: L'or des dictatures, Paris.
- Mailloux, Jos 1984: Un ministère sous la Ve République: le ministère de la coopération, in: Centre d'Etudes d'Afrique Noire de Bordeaux (Hrsg.): Année africaine 1982, Paris, 218-235.
- Marchal, Roland 1995: La France en quête d'une politique africaine?, in: Politique étrangère 60: 4, 903-916.
- Marchesin, Philippe 1995: Mitterrand l'Africain, in: Politique africaine 58, 5-24.
- Marseille, Jacques Michel 1984: Empire colonial et Capitalisme Français: Histoire d'un divorce, Paris.
- Martin, Guy 1985: The Historical, Economic, and Political Bases of France's African Policy, in: Journal of Modern African Studies 23: 2, 189-208.
- McNamara, Francis Terry 1989: France in Black Africa, Washington, D.C.
- Médard, Jean-François 1992: Le »Big Man« en Afrique: Esquisse d'analyse du politicien entrepreneur, in: Année sociologique 1992, 167-192.
- Médard, Jean-François 1993: Ces messieurs Afrique ..., in: Politique africaine 49, 146-148.
- Médard, Jean-François 1994: La patrimonialisation des relations franco-africaines: échanges politiques, échanges économiques et échanges sociaux, unv. Ms.
- Meier-Walser, Reinhard 1994: Neorealismus ist mehr als Waltz. Der Realismus des Münchner Ansatzes, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1: 1, 115-126.
- Mény, Yves 1995: France: La fin de l'éthique républicaine?, in: Della Porta, Donnatella/Mény, Yves (Hrsg.): Démocratie et corruption en Europe, Paris, 15-28.
- Moravcsik, Andrew 1992: Liberalism and International Relations Theory (The Center for International Affairs, Harvard University – Working Paper Series 92-6), Cambridge, Mass.
- Porch, Douglas 1995: The French Secret Service: From the Dreyfus Affair to the Gulf War, New York.
- Rapport Prouteau 1996: Les entreprises françaises et l'Afrique, Conseil des investisseurs français en Afrique, Paris.
- Reckwitz, Andreas 1997: Struktur. Zur sozialwissenschaftlichen Analyse von Regeln und Regelmäßigkeiten, Opladen.
- Reh, Mechthild 1981: Sprache und Gesellschaft, in: Heine, Bernd/Schadeberg, Thomas/Wolf, Ekkehard (Hrsg.): Die Sprachen Afrikas, Hamburg, 512-557.
- Rist, Gilbert 1984: La notion médiévale d'»habitus« dans la sociologie de Pierre Bourdieu, in: Cahiers Vilfredo Pareto (Revue européenne des sciences sociales) 22: 67, 201-212.
- Rosanvallon, Pierre 1990: L'Etat en France. De 1789 à nos jours, Paris.
- Ruggie, John G. 1993: Territoriality and Beyond, in: International Organization 47: 1, 139-167.
- Schaber, Thomas/Ulbert, Cornelia 1994: Reflexivität in den Internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1: 1, 139-159.
- Schlichte, Klaus 1993: Sicherheitspolitik in Westafrika unter neuen Vorzeichen – Bedingungen und Folgen des Krieges in Liberia, in: Daase, Christopher/Feske, Susanne/Moltmann, Bernhard/Schmid, Claudia (Hrsg.): Regionalisierung der Sicherheitspolitik: Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden, 151-170.
- Schlichte, Klaus 1996: Krieg und Vergesellschaftung in Afrika. Ein Beitrag zur Theorie des Krieges, Münster.
- Searle, John R. 1995: The Construction of Social Reality, New York.

- Siegelberg, Jens 1994: Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft, Münster.
- Smith, Stephen/Glaser, Antoine 1992: Ces Messieurs Afrique: le Paris-village du continent noir, Paris.
- Smith, Stephen/Glaser, Antoine 1994: L'Afrique sans Africains: le rêve blanc du continent noir, Paris.
- Snyder, Jack 1991: Myths of Empire. Domestic Politics and International Ambition, Ithaca, N.Y.
- Stern, Fritz 1988: Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder, Reinbek.
- Suleiman, Ezra 1978: Les élites en France. Grands corps et grandes écoles, Paris.
- Suret-Canale, Jean 1987: Afrique et Capitaux, Paris.
- Vincent, Gérard 1993: Eine Geschichte des Geheimen?, in: Prost, Antoine/Vincent, Gérard (Hrsg.): Geschichte des privaten Lebens, Band 5: Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Frankfurt a.M., 153-344.
- Waltz, Kenneth 1979: Theory of International Politics, New York.
- Wauthier, Claude 1995: Quatre présidents et l'Afrique. De Gaulle, Pompidou, Giscard d'Estaing, Mitterrand, Paris.
- Weber, Max 1985: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 5. Auflage, Tübingen.
- Weber, Max 1988a: Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Ders.: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen, 146-214.
- Weber, Max 1988b: Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie, in: Ders.: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen, 427-474.
- Wendt, Alexander E. 1987: The Agent-Structure Problem in International Relations Theory, in: International Organization 41: 3, 335-370.
- Wendt, Alexander E. 1992: Anarchy is what States Make of It: The Social Construction of Power Politics, in: International Organization 46: 2, 391-425.
- Wilson, Ernest-J. III 1993: French Support for Structural Adjustment Programs in Africa, in: World Development 21, 331-347.
- Woyke, Wichard 1987: Frankreichs Außenpolitik von de Gaulle bis Mitterrand, Opladen.
- Zangl, Bernhard 1994: Politik auf zwei Ebenen. Hypothesen zur Bildung internationaler Regime, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1: 2, 279-312.
- Ziebur, Gilbert 1971: Interne Faktoren des französischen Hochimperialismus, in: Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.): Der moderne Imperialismus, Stuttgart, 85-139.
- Zürn, Michael 1992: Interessen und Institutionen in der internationalen Politik. Grundlegung und Anwendungen des situationsstrukturellen Ansatzes, Opladen.
- Zürn, Michael 1994: Neorealistic und Realistische Schule, in: Boeckh, Andreas (Hrsg.): Internationale Beziehungen (Lexikon der Politik, Band 6), München, 309-322.